

Alarm aus dem Inneren des Systems



Inhalt

Vorwort	3
Ethischer Ungehorsam: Neue Formen des Widerstands	10
Der Platzanweiser – von welchem Theater träumen wir?	17
Aus dem Inneren der Arbeitsagenturen in Deutschland und Frankreich / Französische Verhältnisse und deutsche Zustände	21
Stellungnahme der Sud ANPE	22
Berichte aus verschiedenen Bereichen	28
Soziale Transformation und Organisation	31
Nachwort	33

Impressum

DenkKlima e.V.
Freiherr-vom-Steinstraße 5, 50733 Köln
Telefon 0221 - 16 91 20 84
Fax 0221 - 16 91 20 85
info@denkklima.de
www.denkklima.de
V.i.S.d.P.: Nikolaus Roth

Die Broschüre wird gefördert von der Stiftung Menschenwürde und Arbeit.

Druck: GNN-Verlag Köln, Auflage 300

Vorwort

Vom sozialem Mut, ethischem Ungehorsam und dem Whistleblowing

Immer mehr Menschen akzeptieren nicht mehr die Unwirklichkeit und Unmenschlichkeit der aktuellen sozialen Beziehungen. Sie leisten Widerstand gegen die unerträglichen Zumutungen des Systems,

Davon handelt diese Broschüre.

Als Denkklima e.V. geht es uns darum, den sich in vielen Regionen der Welt entwickelnden „sozialen Mut“ von Einzelnen und Kollektiven zu stärken, in dem wir:

- ▶ das Thema einer größeren Öffentlichkeit bekannt machen
- ▶ die Erfahrungen aus verschiedenen Ländern zusammenbringen
- ▶ die entstandene „Bewegung“ in einen Zusammenhang mit einem sich entwickelnden „gesellschaftlichen Unbehagen“ stellen.

Wir wollen Denkprozesse anstoßen, die auf dem Weg zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse eine Rolle spielen könnten.

Für uns hat dabei der „Ungehorsam am Arbeitsplatz“ einen zentralen Platz. Die Beschäftigten, die ihre Arbeit im Sinne des gesellschaftlichen Gemeinwohls sehen. Die Beschäftigten, die „verantwortliches Handeln“ als „gesellschaftliche Verantwortung“ begreifen und nicht als Verantwortung, das Profitstreben der jeweiligen Firma, von der sie bezahlt werden, zu fördern.

Wir wollen dazu beitragen ein soziales Klima zu schaffen, dass solche mutigen ungehorsamen und nicht konformen Praktiken fördert, Mut machen, Sicherheit geben, durch Solidarität und Unterstützung Risiken vermindern.

Was macht „sozialen Mut“ oder „ethischen Ungehorsam“ so aktuell?

Was wir in der vorliegenden Broschüre beschreiben wird oft mit Begriffen wie „ethischer Ungehorsam“, „sozialem Mut“, „Whistleblowing“ bezeichnet. Wobei es sich als nicht einfach erweist mit einem einzigen Begriff zu erfassen, um was es sich handelt.

Sicher ist, dass es sich dabei um Ausdruck eines wachsenden gesellschaftlichen Unbehagens handelt. Das Gefühl: „Hier in dieser Gesellschaft stimmt was nicht.“ Menschen mit sozialem Mut hat es schon immer gegeben und sie haben oft eine wichtige Rolle gespielt. Aber offensichtlich hat der „soziale Mut“ an Aufschwung und Anziehungskraft gewonnen. Die hier von uns nur ausschnittsweise dokumentierten Beispiele sind keine riesige „Bewegung“, aber Zeichen eines deutlich vermehrten Handelns. In der Regel von Einzelnen „sozial Mutigen“, die sagen: Ich mache nicht mehr mit, ich empöre mich und zwar öffentlich darüber:

- ▶ dass Menschen in Altenheimen abgestellt und unmenschlich betreut werden
- ▶ dass Chemiekonzerne Umweltrichtlinien nicht einhalten, gefährliche Medikamente vermarkten

- ▶ dass Steuerhinterziehung staatlich gefördert wird
- ▶ dass Arbeitskollegen gemobbt werden
- ▶ dass Bilanzen getrickt werden
- ▶ und Vieles mehr.

Das Soziale ist nicht nur auf die wirtschaftliche Situation und letztendlich auf die Besitzverhältnisse zu reduzieren. Die Gesellschaft ist insgesamt auf Erzeugung von Konkurrenz, Leistungsdruck, Selektion und Vereinzeln ausgelegt. Diese „soziale Lage“ trifft den überwiegenden Teil der Bevölkerung und das führt zu dem überall spürbaren gesellschaftlichen Unbehagen.

Dem steht weiterhin der Traum, Wunsch, und Wille entgegen, den Menschen als solidarisches kooperatives Wesen in einer sozialen Gemeinschaft zu sehen.

Whistleblowing in Aller Munde

Der Begriff „Whistleblowing“ oder in der Übersetzung „Alarmschlagen bei Missständen“ ist in diesem Jahr durch Edward Snowden und Bradley Manning einem großen Publikum bekannt geworden. In Deutschland steht dafür im letzten Jahr der Fall Gustav Mollath und Inge Hannemann.

● *Gustav Mollath*

Er war über Jahre mit an den Haaren herbeigezogenen Begründungen in der Psychiatrie. Kein Gericht und kein Gutachter glaubte Gustav Mollaths Berichten über Schwarzgeldgeschäfte von Mitarbeitern der Hypo-Vereinsbank Bayern. Obwohl die Bank seit Jahren wusste, dass die Vorwürfe stimmten. Erst nach einem langen Kampf und immer größerer Solidarität aus der Bevölkerung kam Mollath Mitte 2013 in die Freiheit.

● *Inge Hannemann*

Die Mitarbeiterin des Hamburger Jobcenters veröffentlichte – erst anonym dann offen – mit welchen unmenschlichen Methoden in den Jobcentern gearbeitet wird, aber auch wie die eigenen Mitarbeiter unter Druck gesetzt werden.

Neben den bekannten Fällen gibt es die vielen nicht so bekannten „sozial Mutigen“ die Missstände in der Gesellschaft und in ihrem Arbeitsumfeld nicht auf sich beruhen lassen sondern öffentlich ansprechen.

Sozial Mutige hat es schon immer gegeben

In Deutschland hat der Prozess der öffentlichen Sensibilisierung für unerträgliche und unwürdige Zustände hinter dem Werkstor durch die Industriereportagen und Berichte aus dem Innern der Bildzeitung von Günter Wallraff vor einigen Jahrzehnten begonnen.

Bekanntere Beispiele aus der Vergangenheit sind:

- Daniel Ellsberg, der 1971 Papiere weitergab, die die Lügen über den Vietnamkrieg öffentlich machten
- Herbert Amry, ein österreichischer Diplomat und Nahost-Experte. Er machte 1985 die österreichische Regierung beharrlich auf illegale Waffengeschäfte einer staats-

eigenen Rüstungsfirma mit dem damals kriegführenden Iran aufmerksam. Einige Jahre später lösten seine Enthüllungen eine Staatsaffäre in Österreich aus, den Noricum-Skandal.

- Die Watergate Affäre

Inzwischen gibt es die „sozial Mutigen“ immer häufiger

Sie machen am Arbeitsplatz auf Missstände aufmerksam, die dem – meist positiven – Selbstbild des Unternehmens nicht entsprechen, wie zum Beispiel:

- die Ärztin, die schon Ende der 90er Jahre auf den Pflegenotstand aufmerksam gemacht hat,
- der Altenpfleger, der tagtäglich sieht, wie Pflege durch die Rahmenbedingungen in seinem Heim immer unmenschlicher wird,
- die Bankerin, die mitbekommt wie Kunden regelmäßig unseriöse und unpassende Produkte verkauft werden,
- der Lehrer, welcher einen diskriminierenden Umgang seiner Kollegen mit Migranten-Schülern beobachtet,
- der Verwaltungsangestellte, der mitbekommt, wie sich seine Chefin schmierien lässt,
- die Krankenschwester, die weiß, dass der OP-Arzt ein Alkoholproblem hat,
- der Facharbeiter einer Firma, in der ein sorgloser Umgang mit Arbeitssicherheits- und Umweltauflagen besteht.

Was ist Whistleblowing und/oder ethischer Ungehorsam genau?

„Whistleblowing“ ein sehr unterschiedlich benutzter Begriff. Ins Deutsche lässt sich der Begriff des Whistleblowings (wörtlich: „Pfeife blasen“) am ehesten mit „Alarm schlagen“ übersetzen. Whistleblower sind also „ethische Kritiker“, das heißt Personen mit Zivilcourage, die ungeachtet von nachteiligen Konsequenzen aus gemeinnützigen Motiven die „Alarmglocke“ läuten, um auf bedenkliche Ereignisse oder Vorgänge in ihrem Arbeits- oder Wirkungsbereich hinzuweisen und auf Abhilfe zu drängen.

In Wikipedia lautet die Definition „Hinweisgeber oder Whistleblower ist jemand, der auf Missstände, illegales Handeln (z. B. Korruption, Insiderhandel) oder allgemeine Gefahren, von denen er an seinem Arbeitsplatz erfährt, aufmerksam macht.“

Die Firmen haben „Whistleblowing“ für sich entdeckt?

„Whistleblower-Hotlines“ und „Compliance-Regeln“ sind heute wichtige Instrumente der Unternehmensführung, durch die mitunter auch Missstände aufgedeckt werden. Doch der Hauptantrieb, solche Regeln festzulegen, ist die Abwälzung der Risiken auf Zulieferer, Partner – und auf die Beschäftigten. Brigitte Heinisch (Berliner Krankenpflegerin) hat plastisch beschrieben, wie die Beschäftigten Pflegedokumente nur deshalb fälschten, weil die vorgeschriebene Arbeit mit dem vorhandenen Personal nicht leistbar war. Wenn einem der

Gepflegten dann etwas passiert, kann der Arbeitgeber schnell die Schuld von sich weisen. Die Mitarbeiter hätten nicht ordentlich gearbeitet und auch noch Urkunden gefälscht.

Wobei für die Firmen das wichtigste ist, dass Hinweisgeber sich nur an firmeninterne Stellen wenden und nicht nach außen an die Gesellschaft / in die Öffentlichkeit gehen

Den Firmen, die jetzt mit „Whistleblower-Hotlines“ und ähnlichem arbeiten, geht es nicht um ein „verantwortliches Handeln“ im Sinne des Gemeinwohls sondern zum „Wohle“ der Firma.

Ex FBI Chef Free äußerte sich zu dem Thema wie folgt: „Als Daimler die Auswirkungen der Westafrika-Geschäfte untersuchte und die Schmiergelder wie den Reputationsschaden gegenrechnet mit dem Verkaufserlös, stellte sich heraus: Daimler verlor unter dem Strich Geld. Da begannen viele Manager zu verstehen: Bestechen ist nicht sinnvoll.“

Kurzum, Unternehmen nutzen den Begriff „Whistleblowing“ in ihrem Sinn. Für die Unternehmen ist es ein Steuerungselement im Rahmen der Unternehmensführung.

Uns ist es wichtig, diese unterschiedliche Verwendung des Begriffes „Whistleblowing“ in der öffentlichen Debatte zu verdeutlichen.

In diesem Text werden wir den „Begriff „Whistleblowing“ wie viele Menschen im Sinne von „sozialem Mut“ verwenden.

Sozialer Mut / ethischer Ungehorsam als öffentliches Agieren gegen gesellschaftliche Missstände, als Agieren für eine kooperative und solidarische Gesellschaftlichkeit

In Frankreich hat sich eine Bewegung entwickelt, die viele Parallelen aufweist zu dem, was wir hierzulande unter „Whistleblowing“ oder „sozialem Mut“ fassen. Sie ist bekannt geworden unter dem Begriff „ethischer Ungehorsam“. Sie weist jedoch über den Begriff „Whistleblowing“, wie er inzwischen geläufig ist, hinaus.

Es geht darum als Beschäftigter für sein Handeln auch am Arbeitsplatz die Verantwortung im Sinne von gesellschaftlicher Verantwortung zu übernehmen. Dass ich zum Beispiel ‚Nein‘ sage, wenn ich als Beschäftigter beim Arbeitsamt gezwungen werde, die Menschen in unwürdige Maßnahmen zu zwingen.

In diesem Sinne bedeutet ethischer Ungehorsam, dass ich mich aktiv verweigere, gesellschaftliche Missstände mitzutragen oder zu akzeptieren.

Ziel soll sein, durch öffentliches Agieren auf eine Unrechtssituation aufmerksam zu machen, um deren Abschaffung zu erreichen.

Warum birgt der „soziale Mut“ soviel Sprengstoff? Was ist das Besondere an „betrieblichem Ungehorsam“, warum wird dies so angegriffen?

Das Schlimmste, was einer Organisation / Unternehmen passieren kann, ist nicht, dass jemand nicht mehr funktioniert. Dann wird er eben ausgetauscht. Das Schlimmste ist, wenn jemand die Organisation in Frage stellt, etwa die Rechtmäßigkeit ihres Handelns.

- Klüngeln mit der Macht wie die klassischen Sozialpartner oder Co Manager
- „Gegenmacht gegen die Unternehmermacht“ in den verschiedensten Formen, ob angepasst oder „klassenkämpferisch“

Ethisch Ungehorsame gehen aus diesem üblichen „Spielfeld“ raus, sie verlassen dieses Feld.

- ▶ Deshalb stellen sie am radikalsten die Macht in Frage
- ▶ Und genau das ist es, warum sie so angegriffen werden
- ▶ Warum sie oft nur halbherzig Solidarität von betrieblichen Funktionären bekommen
- ▶ Dies macht den feinen Unterschied aus
- ▶ Der Unternehmensfrieden wird dadurch mehr gefährdet als mit einer Auseinandersetzung auf der Machtebene.

Mit dem Schritt an die Öffentlichkeit begehen die sozial Mutigen einen Tabubruch

Wer wagt „Alarm zu schlagen“ begeht einen Tabubruch. Denn „Ungehorsame“ decken nicht nur Missstände auf, sondern auch informelle Machtstrukturen. Viele, die dafür bestraft wurden, wurden es weniger für ihren Ungehorsam als dafür, dass sie diesen öffentlich gemacht hatten.

Wer Missstände in Betrieb oder Behörde öffentlich macht, der riskiert viel Ärger und seine Entlassung. Wer das wagt, muss abgestraft werden. Sichtbar muss an ihm ein Exempel statuiert werden, damit andere verstehen, dass sie dies auf keinen Fall tun dürfen.

- ▶ Die Firmenleitung stellen Alarmschläger oft dar als Nestbeschmutzer und Deserteure, die ihre Firma verraten
- ▶ Sie werden als Denunzianten der Kollegen dargestellt
- ▶ Man versucht sie als notorische Lügner und Querulanten darzustellen

Aber auch:

- ▶ Die eigenen Kollegen wenden sich gegen Sie
- ▶ Oft gehen auch Betriebsrat und Gewerkschaft auf Distanz
- ▶ Alarmschläger werden oft als psychisch krank dar gestellt:

Folgende Worte eines Gutachters sind wirklich typisch: „Der Mitarbeiter hat schon vor dem Zeitpunkt der Begutachtung jahrelang Öffentlichkeitsarbeit betrieben, wobei nichts herausgekommen ist. Dass er dennoch sein Anliegen weiterverfolgt hat, zeigt, dass bei ihm nicht rationale Überlegungen führend sind, sondern das Anliegen etwas aufzudecken, wo es vielleicht nichts mehr aufzudecken gebe.“

Unterstützungsstrukturen sind enorm wichtig:

- Um die „sozial Mutigen“ zu unterstützen
- Um einer Vereinzelung des oft am Anfang individuellen Protests entgegenzuwirken
- Um ein gesellschaftliches Klima des „sozialen Mutes“ zu schaffen
- Um die kritisierten Realitäten sichtbar, diskutierbar und auch veränderbar zu machen.

Sozialer Mut für das Gemeinwohl und ein gutes Leben

Die Menschen, von denen in dieser Broschüre berichtet wird, haben sich entschieden, ihre Angst abzulegen, auszubrechen. Den Weg von der Empörung zum Handeln haben sich viele nicht leicht gemacht.

Man spürt, dass man selbst der Ordnung verhaftet ist, die man gerade antasten will. Ihnen war aber wichtiger, einen neuen Geist und eine neue Ethik des eigenen Anspruchs an Arbeit und Tätigkeit zu entwickeln. Den Wunsch, anders zu leben und zu arbeiten.

Damit schaffen sie eine kreative Macht, die der Phantasie für neue soziale Zusammenhänge und einer Ökonomie, die sich am Gemeinwohl orientiert, Raum gibt.

Für die Schaffung einer solidarischen und kooperativen Gesellschaftlichkeit, in der die Freiheit des Einzelnen in allen Bereichen der Gesellschaft die Grundlage für die Freiheit aller werden wird.

Aufbau der Broschüre: Alarm aus dem Inneren des Systems: Denkklima e.V.

Das Kennenlernen der französischen Verhältnisse durch Besuche und Begegnungen mit Akteur_innen der Bewegungen des ethischen Ungehorsams hat uns die Breite und die gesellschaftliche Bedeutung der Bewegung erst sichtbar gemacht. Gleichzeitig war uns aber klar, dass diese Zustände in Frankreich, die zu solchem Handeln und zu solchen Bewegungen führen, auch hier in Deutschland und in anderen Ländern genauso vorhanden sind. Von daher haben wir auch den Artikel von Marc Zitzmann zum ethischen Ungehorsam ganz an den Anfang gestellt. In dem Artikel wird nämlich die Vielfalt der Aktionen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Feldern entdeckt und aufgezeigt und gleichzeitig verwiesen auf einen Sammelband von Elisabeth Weissmann zum ethischen Ungehorsam, der gerade sehr viele dieser Ausbrüche aus der Lohnarbeits - Alltags - Normale zusammenbringt. Elisabeth Weissmann verweist nicht von ungefähr auf Stephane Hessels „Empört euch!“, auf die website der „citoyens en resistance – der Bürger im Widerstand“, denn in diesen Reihen entstand die Idee zu diesem Buch und der Anstoß zu dieser gesellschaftlichen Entdeckungsreise. An diesen Artikel haben wir noch die Übersetzung eines Artikels aus dem Buch von Elisabeth Weissmann angefügt, der sehr anschaulich den Lohnarbeits-Alltag bei der Post in neoliberalen Zeiten beschreibt und selbstbestimmendes widerständiges Handeln.

Nachfolgend haben wir dann **im zweiten Teil** ein ganz aktuelles Beispiel vom Burgtheater in Wien ausgewählt. Hier wurde die großangelegte Veranstaltung mit der Frage „von welchem Theater träumen wir?“ durch den überraschenden Auftritt des Platzanweisers Diaz bereichert. Durch das Auftreten dieses „Schattenindividuums“ wurde plötzlich eine Realität sichtbar, über die heute in Österreich und auch bei uns diskutiert wird. Er wurde entlassen, dennoch hat sich gerade auch in Wien eine solidarische Bewegung entwickelt.

Im dritten Teil berichten wir über mutige „Ausbrecherinnen“ aus den Arbeitsagenturen in Frankreich und Deutschland, die das von den jeweiligen Behördenleitungen verordnete Schweigen gebrochen haben, sich nicht zu Kompliz_innen von unzumutbaren Maßnahmen haben machen lassen, die ihre Würde und auch die Würde von Erwerbslosen verteidigen. Fabienne Brutus war eine mutige Angestellte bei einer Arbeitsagentur in

Frankreich, durch einen Bericht wurde sie auch in Deutschland und im Kreis von Aktiven der Erwerbslosenbewegung bekannt. In Gera wurde daraufhin 2008 eine Kampagne gestartet für die Suche nach der deutschen Fabienne und 2013 wurde sie endlich gefunden. Sie heißt Inge Hannemann und war beschäftigt im Jobcenter in Hamburg-Altona. Sie wurde suspendiert vom Dienst und kämpft um ihre Wiedereinstellung.

Im vierten Teil haben wir eine Reihe Beispiele ausgewählt aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und verschiedenen Ländern, um zu zeigen, dass diese Frage des „eigenen sozialen Anspruchs an die Arbeit“ sich überall den beteiligten Individuen stellt.

Anders als in Deutschland sind in Frankreich eine Reihe von Gewerkschafter_innen sehr engagiert in diesen Konflikten und im Schlussteil wird versucht, alternatives und basisbezogenes gewerkschaftliches Handeln zu formulieren in dem Spannungsfeld von Verteidigen gegen alltägliche Belastungen und radikaler Transformation der kapitalistischen Verhältnisse, also den Übergang zu schaffen vom abhängigen, gehorsamen, sich duckenden Lohnabhängigen hin zu einem selbstbestimmenden gesellschaftlichen Produzenten, in dem der Anspruch an seine Tätigkeit übereinstimmt mit seinem realen Tun. Aber auch hier in der BRD sehen wir zunehmend innerhalb der Gewerkschafter_innen, besonders der Jugendorganisationen, eine wachsende Sensibilität für diese Fragen und auch den Mut zum Handeln, das oftmals nicht legal, aber legitim ist und auch als solches von Vielen in der Gesellschaft wahrgenommen wird. Genau diese Legitimität schafft auch die Grundlage für solidarische Unterstützungen, Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und den Mut zum entschlossenen Handeln gegen unerträgliche und für menschenwürdige und respektable Beziehungen.

Lest, kommentiert, kritisiert, macht Vorschläge, inspiriert euch und schafft euch eure Wege, habt Mut, auszubrechen aus der unerträglichen Normale!



Ethischer Ungehorsam: Neue Formen des Widerstands gegen „Reformen“ im Öffentlichen Dienst Frankreichs

von Marc Zitzmann

»Der kommende Aufstand« und das »Empört Euch!« von Stéphane Hessel werden seit einiger Zeit auch hier in Deutschland bis in die bürgerlichen Medien hinein diskutiert. Weniger hört man hierzulande von berufsspezifischen Widerstands- und Empörungsformen aus Frankreich. Marc Zitzmann hat einen Überblick über die Formen »Ethischen Ungehorsams« geschrieben, den wir hier gerne dokumentieren.*

Frankreich gilt seit je als ein streikfreudiges Land. Erst letzten Herbst demonstrierten wieder Millionen von Menschen über Wochen hinweg gegen eine tiefgreifende Änderung des Rentensystems. Diese wurde letzten Endes aber doch vom Parlament verabschiedet – und ähnlich ergeht es in jüngerer Zeit vielen Streikbewegungen: viel Lärm um Nichts (oder jedenfalls bloß wenig Konkretes). So experimentiert der Widerstand gegen »Reformen« neben dem zunehmend wirkungslosen Ritual der Massen- und Straßenumzüge vermehrt mit alternativen Formen. (Das Wort »Reform« meint eigentlich eine Veränderung zum Besseren hin, Kritiker werfen vielen »Reformen« aber gerade das Gegenteil vor, weshalb der Begriff hier – ohne Parteinahme für die eine oder andere Seite – in Anführungszeichen gesetzt sei.)

Insbesondere die hiesigen Forscher haben sich in einem über zweijährigen Konflikt mit dem Forschungsministerium zwischen 2007 bis 2009 mit einer Fülle von maliziösen Aktionen hervor getan: Sie bewarfen das Ministerium symbolisch mit »Hirnen«, gaben kostenlos Unterricht auf dem Trottoir vor der Sorbonne, veranstalteten wissenschaftliche Vorführungen in Bahnhofshallen, öffentliche Lesungen des (Präsident Sarkozy verhassten) Romans »La Princesse de Clèves« und fiktive Abschiedszeremonien für falsche Forscher mit Pappkarton-Koffern vor dem Eurostar in der Pariser Gare du Nord, um den Braindrain in Richtung London (sprich: das englischsprachige Ausland) zu geißeln. Ihre symbolträchtigste, sprechendste Aktion war jedoch die stumme »Ronde infinie des obstinés« (Unendliche Runde der Hartnäckigen, Red. express), die im Frühling 2009 auf dem Pariser Rathausplatz (früher »Place de Grève« genannt – »grève« heißt heute unter anderem »Streik«) 42 Tage und Nächte lang ohne Unterbrechung ihre unendlich sturen Kreise drehte.

Doch auch solche Initiativen haben ihre Grenzen: Die betreffende Universitäts-»Reform« (die sogenannte »Loi LRU« oder »Loi Pécresse«) wurde in ihren Hauptzügen trotz allem eingeführt. So hat sich in den letzten Jahren eine Form von Widerstand gegen »Reformen« verbreitet, die hierzulande wo nicht unbekannt, so zumindest ungewohnt ist. Ihre Entstehung lässt sich symbolisch datieren: Am 6. November 2008 schickte der Grundschullehrer Alain Refalo aus dem Städtchen Colomiers bei Toulouse einen Brief an

den zuständigen Schulinspektor, der so begann: »Ich schreibe Ihnen diesen Brief, weil ich aus Gewissensgründen heute nicht mehr schweigen kann. Aus Gewissensgründen weigere ich mich zu gehorchen«. Diese Form des Widerstands nannte die Publizistin Elisabeth Weissman in ihrer gleichnamigen Studie zum Thema »désobéissance éthique«.

Der »ethische Ungehorsam« trägt zwar einen etwas anderen Namen, ist aber ein klassischer ziviler Ungehorsam, der sich – völlig orthodox – auf Henry David Thoreau, John Rawls und Jürgen Habermas, auf Mahatma Gandhi und Martin Luther King beruft. Ziel ist, durch einen öffentlichen Akt des Ungehorsams auf eine Unrechtssituation aufmerksam zu machen und so deren Beseitigung zu bewirken. Etwaige Strafen werden bewusst in Kauf genommen. Zwar gab es auch hierzulande schon ein paar (wenige) Präzedenzfälle – etwa das 1971 von Simone de Beauvoir verfasste »Manifeste des 343«, auch als »Manifest der 343 Schlampe« bekannt, in dem 343 prominente Frauen bekannten, abgetrieben zu haben, und sich so strafrechtlichen Verfolgungen aussetzten. Doch ging es damals darum, einen Fortschritt zu erwirken, während heute die Verhinderung von Regressionen das Ziel ist.

Da Refalos Brief von vielen »Ungehorsamen« als eine Art Gründungsmanifest angesehen wird, will ich hier etwas näher auf ihn eingehen. Der Grundschullehrer legt in seinem Schreiben auseinander, weshalb er sich weigert, die »Reformen« des damaligen Erziehungsministers (aber dessen Nachfolger liegt heute genau auf derselben Linie) zu applizieren. Erstens stellten die »neuen« Lehrprogramme von 2008, von denen man nicht wisse, wer sie entworfen und verfasst habe, einen beispiellosen Rückschritt dar. Mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Büffeln und Auswendiglernen seien sie geprägt von einer »mechanischen und rückständigen Vision des Unterrichtens«: Sie wendeten sich von einer Pädagogik des Projekts ab, welche es den Schülern ermögliche, beim Lernen motiviert zu sein und ihrem Tun einen Sinn abzugewinnen. Einziges Ziel dieser Programme sei es, »quantifizierbare, leicht publizierbare und miteinander vergleichbare« Ergebnisse hervorzu- bringen.

Auch weigere er sich, so Refalo, eine »moralische und staatsbürgerliche Unterweisung« mit vorgestrigem Beigeschmack« zu dispensieren. Es sei eine Beleidigung für die Lehrer wie für die Schüler zu glauben, man könne das Verhalten von Letzteren auch nur irgendwie dadurch beeinflussen, dass man ihnen eine Morallehre auf die Tafel schreibe und sie diese dann auswendig lernen lasse. Was es brauche, sei vielmehr eine das Verantwortungsgefühl fördernde Pädagogik, die es den Schülern ermögliche, im Dienste eines besseren Zusammenlebens ihr kreatives und emotionales Potenzial zu entdecken.

Zweitens seien die neuen Maßnahmen zur angeblichen Förderung von »Lernschwachen« nichts als demagogische Feigenblätter, die in Tat und Wahrheit einen realen Leistungsabbau kaschierten. So wird für alle Grundschüler die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden von 26 auf 24 reduziert, mit zwei zusätzlichen Stunden für Kinder mit Lernschwierigkeiten. Für Refalo – und viele seiner Kollegen – ist das ein »Vergehen gegen den Geist und die Pädagogik«. Nicht nur bildeten die spezifischen Zusatzstunden für »Lernschwache« eine gleichsam medizinische Herangehensweise an das solcherweise aus seinem Kontext herausgelöste Problem – wo es doch gelte, dieses im Rahmen der Klasse als Ganzes zu beheben. Die Dispensierung dieser Zusatzstunden durch das gewöhnliche Lehrpersonal statt wie bisher durch die auf »Lernschwache« spezialisierten Kräfte der

»réseaux d'aides spécialisées aux élèves en difficulté« (Netzwerk für spezialisierte Hilfen für Schüler in Schwierigkeiten, Red. express) sei überdies eine schwere Regression. Diese Kräfte werden nämlich schlicht und einfach abgeschafft: Von den 3000 betreffenden Posten existiert die eine Hälfte bereits nicht mehr, das Verschwinden der anderen ist vorprogrammiert.

Seit 2008 wurden im öffentlichen Schulwesen hierzulande 40 000 (!) Stellen abgebaut. Die durchschnittliche Schülerzahl in den Klassen steigt, kleinere Klassen und sogar Schulen sollen dagegen geschlossen werden. Erfahrene, vollamtliche Lehrer werden immer häufiger durch Hilfskräfte, wo nicht gar durch Studenten ersetzt: »Die Nicht-Titulare bilden eine flexiblere Ressource, deren Ertrag an die 100 Prozent heranreicht«, heißt es im Jargon des Ministeriums. Verständlich, dass sich viele Lehrer gegen einen »Reformprozess« wehren, den sie als eine systematische Zerschlagung der Schule und ihres eigenen Berufs empfinden. Etliche sind den gleichen Weg gegangen wie Bastien Cazals, ein ehemaliger Ingenieur, dem das Streben nach Rentabilität der Unternehmenswelt zuwider wurde und der deshalb in den Lehrerberuf überwechselte.

In seiner Broschüre »Je suis prof et je désobéis« (ich bin Lehrer und ich ordne mich nicht unter) schreibt Cazals über die »Schulreformen«:

»Ich sehe, wie unter dem Mantel der Modernisierung dieselben Wirtschaftsprinzipien und Management-Werkzeuge Einzug halten wie in der Unternehmenswelt, aus der ich ausgestiegen bin, angewidert durch die Vorstellung, dass menschliche Leben weniger zählen als finanzielle Interessen. Ich habe die Unternehmenswelt verlassen, um in jene der Schule überzuwechseln – und muss jetzt miterleben, wie die Schule sich in ein Unternehmen verwandelt. Indem man die Schule abbaut, zerstört man meine Berufung. Anfang November 2008 wurde diese Realität für mich unerträglich. Ich nahm Kontakt mit einer Gewerkschaft auf, um zu wissen, ob ich von heute auf morgen kündigen könne. Die Antwort lautete: »Nein! ... Was konnte ich da noch tun? Dies: aus Gewissensgründen den Gehorsam verweigern!«

Die Entdeckung von Refalos Brief Ende November 2008 wirkte auf Cazals wie eine Befreiung.

Ähnlich erging es über 3000 Lehrern, die ihren Widerstand publik machten – und knapp 3000 weiteren, die im Internet eine »Charte de la résistance pédagogique« (Charta des pädagogischen Widerstands, Red. express) unterzeichneten.

Viele, die dafür bestraft wurden, wurden es weniger für ihren Ungehorsam als dafür, dass sie diesen öffentlich gemacht hatten. »Seien wir nicht naiv, es gibt seit je Lehrer, die den Gehorsam verweigert haben«, erklärt eine Schulpsychologin. »Nur haben sie es nicht gesagt ... Den Schulinspektoren sind diese maskierten Befehlsverweigerungen nicht entgangen; viele jedoch schlossen die Augen ... Was vor allem zählte, war, die Illusion aufrechtzuerhalten, die Obrigkeit sei mächtig genug, um von ihren Untergebenen eine dienstbeflissene Ausführung ihrer Weisungen zu erwirken.« Die »désobéisseurs« (Die Ungehorsamen, Red. express) – eine Wortschöpfung der jüngsten Zeit, die zeigt, dass das Phänomen hierzulande relativ neu ist – machten dieses Lügengebäude einstürzen. Und wurden dafür wie Refalo mit einer Herabstufung ihres Dienstgrads – und also einem niedrigeren Gehalt – bestraft oder wie Cazals mit einer Abberufung von ihrem Direktorenposten.

»Ethischer Ungehorsam« findet sich allerdings nicht nur im Erziehungssektor, auch wenn er dort am stärksten strukturiert ist. Mit Hilfe von Weissmans Buch möchte ich im Folgenden ein paar Beispiele aus sehr verschiedenen Berufszweigen anführen, die veranschaulichen, wie einschneidend Sarkozys »Reformen« in den diversesten Bereichen sind und was für einen entschiedenen Widerstand sie jeweils hervorrufen.

Am 2. Dezember 2008 hielt Frankreichs Präsident eine Rede über die stationäre Behandlung von psychisch Kranken. Diese wurde im betreffenden Milieu mit Bestürzung aufgenommen und zeitigte als Gegenreaktion den »Appel des 39«, der die Prinzipien einer Psychiatrie mit menschlichem Antlitz bekräftigte. Aufhänger beziehungsweise Vorwand der präsidentiellen Rede war, wie so oft bei Sarkozys »sekuritären« Initiativen, ein *Fait divers*: Ein Geisteskranker war aus einer psychiatrischen Anstalt entflohen und hatte einen Mord begangen. Daraufhin stigmatisierte der Präsident alle Geisteskranken als potenzielle Verbrecher, die es nach Möglichkeit vom (gesunden) Rest der Bevölkerung abzusondern gelte. 70 Millionen Euro wurden seitdem in die »Sicherung« von spezialisierten Spitälern und in die Schaffung von »Unités pour malades difficiles« (Einheiten für schwierige Kranke, Red. express) investiert. Parallel dazu wurden Hunderte von Pfleger-Stellen abgebaut.

Ein älterer Pfleger beschreibt die Entwicklung in seinem Berufszweig wie folgt: »Das Gros der Ausbildung eines psychiatrischen Pflegers betrifft unserer Tage die Isolierung. Also gewöhnen sich die jungen Pfleger an diese, sie sind standardisiert, durch den vorherrschenden Diskurs formatiert und davon überzeugt, dass ein unruhiger Patient potenziell aggressiv oder gar gefährlich ist, also notwendigerweise weggesperrt werden muss, um sich vor ihm zu schützen. Wo es doch darum ginge, Worte zu finden, um ihn zu öffnen, und nicht darum, ihn zu frustrieren! Wo es doch Pfleger an seiner Seite brauchte!« »Ungehorsame« Pfleger weigern sich, ihre Patienten systematisch mit Medikamenten ruhigzustellen; sie sprechen mit ihnen, erlauben ihnen, eine Zigarette zu rauchen, behandeln sie wie vollgültige Menschen – in Frankreichs psychiatrischen Anstalten sind das heute bereits Akte des Widerstands.

Ein anderes Beispiel betrifft Pôle Emploi. Dieses für die Arbeitsverwaltung zuständige Etablissement ist Ende 2008 aus der Fusion der Strukturen hervorgegangen, die vormals für die Auszahlung der Arbeitslosengelder und die Eintreibung der betreffenden Sozialabgaben beziehungsweise für die Unterstützung der Arbeitslosen bei ihrer Suche nach einer Anstellung zuständig waren. Die Fusion hat ein kafkaeskes Durcheinander bewirkt – zumal die beiden fusionierten Einheiten sehr heterogene Statuten aufwiesen und ihre Mitarbeiter nur eine drei- bis fünftägige Schulung erhielten, um den jeweils anderen Beruf zu erlernen, den sie nun zusätzlich zu ihrem ursprünglichen ausüben müssen. Die für 2011 angekündigte Streichung von 1800 (von insgesamt 49000) Posten dürfte dem Organisations- und Kompetenzenwirrwarr sowie der chronischen Überlastung der Mitarbeiter schwerlich abhelfen.

Eine Beraterin zählt die »Sechs Gebote des Ungehorsams« auf, die sie sich selbst auferlegt hat: »1) Entscheide ich nicht bloß nach einem Telefongespräch, ob ein Bittsteller ein Anrecht auf Arbeitslosenhilfe hat oder nicht. 2) Empfange ich weiterhin Leute in meinem Büro. 3) Mache ich keine »Karteikarten-Putzaktionen«. 4) Spiele ich nicht die Polizistin, indem ich Sans-Papiers denunziere. 5) Verirre ich Arbeitssuchende nicht absichtlich im Wald, wie die Eltern von Hänsel und Gretel ihre Sprösslinge. 6) Werfe ich Arbeitssuchende

nicht aus der Kartei, um die Arbeitslosenstatistiken sinken zu machen.« Der Umkehrschluss lässt erahnen, wie die »Norm« bei Pôle Emploi aussieht...

Doch auch in der Polizei regt sich Widerstand. Im Rahmen der seit der Machtübernahme des rechten Lagers 2002 gewaltig angekurbelten Ausschaffungspolitik (die Zahl der sogenannten »reconduites à la frontière« (Abschiebungen, Red. express) hat sich auf durchschnittlich 30 000 im Jahr verdreifacht) stehen die Ordnungshüter zunehmend unter Druck. Ein unlängst pensionierter Polizist aus Metz klagt über ein Rundschreiben des Zentraldirektors der Police de l'air et des frontières (Flughafen- und Grenzpolizei, Red. express): »Dieser schrieb schwarz auf weiß, wir würden nicht genug leisten. Wir waren schon bei 1100 Festnahmen [von Sans-Papiers] im Jahr, aber nun sollten wir deren 2000 machen, einfach so, wie durch Zauberhand ... Wir wussten schon gar nicht mehr, wohin mit all den Leuten. Sie sollten einmal die Räumlichkeiten [für die »administrative Verwahrung« von Sans-Papiers über einen Zeitraum von maximal 32 Tagen hinweg] in Metz sehen: Die sind für 12 Personen gedacht, aber wir steckten da deren 40 hinein, Frauen, manchmal Kinder, ohne Dusche, total verdreckt. Eine Schande!«

Ab 2004 mussten sich die Polizisten auf Weisung des damaligen Innenministers, Nicolas Sarkozy, auf die Festnahme ganzer Familien verlegen. »Sich eine ganze Familie »machen«, das ist gut für die Statistiken, das können sechs Personen auf einen Schlag sein und ebenso viele Kreuzchen in den Registern. Das war gut für Sarkozy, der schon damals hinter den Stimmen von Le Pen her war [dem Führer des rechtsextremen Front national].« Für den pensionierten Polizisten bildete diese Weisung den Auslöser für seinen Eintritt in den Widerstand. »Oft benachrichtigte ich die Familien am Vorabend. Ich wollte sie nicht um vier Uhr morgens überraschen, unmöglich, das erinnert mich zu stark an die »rafles [die Judenrazien während der Besatzungszeit] ... Wir diskutierten miteinander, ich erklärte ihnen die Lage, oft diente der Bub als Übersetzer. Dann ließ ich ihnen ihre Chance: Sie hatten die ganze Nacht, um sich auf ihre Festnahme vorzubereiten oder um zu fliehen, wenn sie das wollten.«

»Ich erinnere mich an eine Familie aus Jugoslawien [sic], als ich denen sagte, sie müssten gehen, sie müssten alles verlassen, sah ich den Buben seine Tasche packen. Und wissen Sie, was er mitgenommen hat? Seine Schulhefte. Er hat alles dagelassen: seine Spielkonsole, seinen Fußball – aber er hat seine Bücher und seine Schulhefte mitgenommen! Als ich nach Hause zurückgekehrt bin, habe ich zu meiner Frau gesagt: »Was für ein Scheißjob!« Wissen Sie, solche Sachen, das kann man nicht vergessen, das kann einen nicht unberührt lassen, andernfalls ist man kein Mensch mehr! Wenn ich Sarkozy höre, dass er die Leute integrieren will – und da sind welche, die haben ihrem Buben beigebracht, er solle alles daransetzen, in der Schule möglichst gut zu arbeiten, das macht mich verrückt!«

Widerständler findet man auch unter den Mitarbeitern des Elektrizitätsunternehmens EDF: Die sogenannten »Robin Hoods« stellen zahlungsunfähigen Menschen den Strom wieder an, wenn dieser abgeschaltet wird. Man findet welche in der Post, wo sie sich weigern, den Nutzern (der Begriff »Kunden« ist ihnen ein Gräuel) stets die teuersten Dienste als Erstes anzubieten oder sie direkt an den Automaten zu schicken. Und man findet welche im Office national des forêts (Staatliches Forstamt, Red. express), die der Politik der Direktion, Frankreichs Wälder aus Gründen der Geldbeschaffung über ihre Erneuerungs-

fähigkeit hinaus abzuholzen, Knüppel zwischen die Beine zu werfen suchen.

Gemein ist all diesen Widerständlern, dass sie nicht für ihre Statute, ihre Arbeitszeiten, Renten oder sonstwas kämpfen, was man für »Privilegien« halten könnte. Sondern für ihre Berufsethik. Und auffällig ist, dass sie sich alle in einstmaligen starken Services publics (Öffentlicher Dienst, Red. express) finden, die mehr oder weniger schleichend, wo nicht gar heimlich, (teil)privatisiert werden sollen. Hohe und höchste Staatsvertreter hegen solche Hintergedanken ja sogar für Kernkompetenzen der öffentlichen Hand wie das Gesundheitswesen oder die Polizei. Über deren Sinn oder Unsinn zu diskutieren, ist hier nicht der Ort. Festgehalten sei jedenfalls, dass diese »Services publics« aus dem im März 1944 aufgesetzten Regierungsprogramm des Conseil national de la Résistance (Nationaler Widerstandsrat, Red. express) hervorgegangen sind. Ein Programm, auf das sich die Nummer Zwei des Arbeitgeberverbands Medef kurz nach Sarkozys Wahl 2007 in einem Interview zum Thema »Reformen« bezog: »Die Liste der Reformen? Ganz einfach: Nehmen Sie alles, was zwischen 1944 und 1952 eingeführt wurde, alles ohne Ausnahme. Da haben Sie die Liste. Es geht heute darum, ... das Programm des Conseil national de la Résistance methodisch aufzulösen.«

Vor dem Hintergrund dieses »Reformprogramms«, das man deutlicher nicht darlegen könnte, wird der reißende Absatz einer Broschüre mit dem Titel »Indignez-vous!« (Empört Euch!, Red. express) verständlicher, die der 93-jährige Résistant Stéphane Hessel im Oktober veröffentlichte. Hessels Verlegerin, Sylvie Crosman, schrieb mir am Freitag, die Erstauflage von 8000 Exemplaren sei, von Nachdruck zu Nachdruck, auf stattliche 950 000 Exemplare gestiegen (mit einem weiteren, im Gang befindlichen Nachdruck von 300 000 Exemplaren). Die Verkaufszahl betrage mindestens 700 000 Exemplare. Und aus fast allen europäischen Ländern sowie aus Japan, Südkorea, der Türkei und den USA seien Anfragen für die Übersetzungsrechte eingetroffen ...

Hessels Aufruf zur Empörung ist nicht weiter revolutionär – er rennt großteils sogar offene Türen ein. Aber anscheinend ist das Textchen mit dem im ganzen Land wachsenden Widerstandsgeist in Resonanz getreten. Die Zahl der erklärten »Ungehorsamen« liegt eher in der Größenordnung von Tausenden als von Hunderttausenden.

Doch der beispiellose Erfolg von Hessels Appell zum kreativen Widerstand legt nahe, dass die »désobéisseurs« bloß die Spitze des Eisbergs bilden...

** aus der Neuen Zürcher Zeitung, wo der Text am 11. Januar 2011 erschienen ist*

I.1 Ethischer Widerstand: Übersetzung aus dem Buch von Elisabeth Weissmann „Ethischer Ungehorsam“

Gegen Privatisierung der Post in Frankreich

Wie gehen wir mit diesem Umbruch hin zu marktwirtschaftlichen Praktiken um, die uns aufgezwungen werden und die wir ablehnen, weil er den Interessen der Nutzer widerspricht? Die Gewerkschaften, in erster Linie die Postgewerkschaft SUD PTT und der Gewerkschaftsbund CGT, haben erfolgreich gegen Privatisierung mobilisiert, doch sie

haben nicht wirklich begriffen, wie der Wandel erlebt wird: im Fall der Post die Erfahrungen der Schalterbeamten, die die Arbeit nicht mehr als »eigene« empfinden, sondern als die eines „Privaten“, der nicht ganz saubere Verkaufsmethoden anwendet. Müssten die Gewerkschaften nicht auf diese Veränderungen der Arbeitswelt reagieren, die so sehr die psychologische und ethische Identität der Mitarbeiter beeinträchtigen?

Marc ist Postler. Und will es auch bleiben, sagt er. Er will kein „Privater“ sein, wie man bei der Firma „La Poste“ sagt, kein Verkäufer von Waren. Er widersetzt sich mit einigen Kollegen der aufgezwungenen Vermarktlichung seiner Arbeit – wohl wissend, dass das Problem nicht hinter seinem Schalter, sondern im Regierungspalast bzw. in Brüssel entsteht. Er will nicht mit Postprodukten hausieren und kein „Knete-Raffer“ werden, um „Kunden zu zerpfücken“. „Wenn du ein guter Verkäufer sein willst, musst du den Leuten was aufdrängen“. Sein Widerstand beginnt bereits mit der Sprache: „Der Nutzer, ich nenne ihn nie ‚Kunden‘“.

Im Namen der „Modernisierung“ ist die Post zum Markt geworden, wo es „versandfertige“ Umschläge gibt, Bücher, Telefonkarten, Kugelschreiber, Schlüsselanhänger und sogar Plüschtiere; alles Produkte mit hoher Wertschöpfung. An Stelle von Schaltern gibt es Automaten – die streiken nie und ersetzen versetzte, entlassene Arbeitnehmer. Nach Berechnungen von SUD PTT hat die Post im Jahr 2009 fast 11500 Arbeitsplätze gestrichen!* Um die Nutzer (ach nein, die Kunden) in den länger werdenden Warteschlangen ruhigzustellen, hat man Fernseher aufgestellt.

(...) Wenn Marc gut verkauft, wird er als tüchtiger Verkäufer ausgezeichnet und mit einer Reise an die Sonne oder einem Geschenkkorb belohnt. „Am Morgen, wenn wir unseren Platz einnehmen, liegen unsere Umsatzziele für den Tag bereit (...), man muss dem Kunden so viel Geld aus der Tasche ziehen wie möglich. Zum Beispiel, die Nachsendung: Wenn einer kommt, um einen Nachsendeantrag zu stellen oder um seine Anschrift zu ändern, musst du das Paket für 34 Euro verkaufen, obwohl die klassische Nachsendung nur 23 Euro kostet. (...) Ich weigere mich, den Menschen den teuersten Preis anzudrehen.“ Marc erträgt es nicht, aus der Kultur des Öffentlichen Dienstes gerissen zu werden, die er als seinen Auftrag versteht.

Ein Kampf der Ewiggestrigen gegen die Moderne oder des Öffentlichen gegen den privaten Sektor? (...) Marc wird vorgeworfen, er habe zu viel Empathie für die »Kunden«. „Können Sie sich das vorstellen? Es ist wohl der Gipfel, dass ich zu viel lächele, dass ich zu bekannt bin, zu nett zu den Leuten! Es stimmt, dass seit ich dort bin, mich die Leute kennen, es gibt ein Vertrauensverhältnis zwischen uns. In der Tat, soll ich Ihnen was sagen? Die werfen mir vor, meinen Job gut zu machen, gewissenhaft, nahe bei den Menschen, ohne die scharfen Kanten. Den Chefs sind die Leute scheißegal!“

(...) Wie bringt man Kernfragen des Berufs, der Berufspraxis auf den Tisch – in gemeinsamer Auseinandersetzung –, damit diese Praktiken nicht mehr dem Gewissen und der Verantwortung des Einzelnen unterliegen, sondern von allen unterstützt werden?

„Im Bereich der Dienstleistungen, wie z. B. bei la Poste, ist der Gegenstand der Arbeit schwer zu definieren, das ruft Konflikte um Kriterien und Werte auf den Plan: Was ist richtig oder nicht, gut oder schlecht, muss man mitmachen oder sich dagegenstellen – das muss »das Kollektiv diskutieren«, sagt Yves Clot.

So sieht es auch Marc: Es mangle an einem Kollektiv, um dieses Problem zu verfol-

gen, das alle angehe. So verlässt er sich auf sich selbst und führt seinen kleinen Widerstand allein. Für die Einzelnen besteht der Alltag aus Fragen und Zweifel, aus Kraft an einem Tag und Schwäche am anderen. Das birgt Risiken der Spaltung und der Stigmatisierung derer, die »kollaborieren«: „Ich bin sauer auf die Unterwürfigen“, sagt Marc, sie wollten eine gute Figur beim Chef machen. »Das ist geradezu Mittäterschaft beim Diebstahl. Das will der Betrieb aus uns machen.«

(...) Die Franzosen lieben ihre Post. Als Beweis dient der Erfolg der Volksabstimmung, initiiert von den Gewerkschaften SUD und CGT, die von den Bürgern begeistert unterstützt wurde. Marc ist begeistert und hat einen Abstimmungsstand vor seinem Postamt eingerichtet, sehr zum Leidwesen seiner Chefs!

(...) Mehr als zwei Millionen Wähler stimmten gegen die Privatisierung. Unterdessen verkauft Marc wieder, auch einzelne Umschläge. Er hilft den eingewanderten Arbeitern und lächelt den Opa an.

*Auszüge aus dem Buch La Desobeissance ethique (»Ethischer Widerstand«, O Edition Stock 2010). Aus dem Französischen von Phil Hill.
Der Text wurde gekürzt und leicht redaktionell bearbeitet.*

* Und die SUD PTT/ Basisgewerkschaft bei der Post und Telekom in Frankreich stellt einen Anstieg von 23,38 Prozent bei den Eigenkündigungen von 2007 auf 2008, sowie von 38 Prozent bei den Entlassungen fest, Zahlen, die von einer tiefen Missstimmung innerhalb des Betriebes zeugen.

II

**„Von welchem Theater träumen wir?“
und das überraschende Auftreten eines „unsichtbaren“ Platzanweisers
im Theater, der kurz nach seinem Auftritt und seiner Rede entlassen
wurde, dennoch eine ganze Welle von solidarischen Unterstützungs-
aktionen provoziert hat.**

Vom 11. - 13. Oktober 2013 fand am Wiener Burgtheater ein Kongress zum 125-jährigen Bestehen des Theaterhauses an der Ringstraße statt. Der Kongress trug den Titel „Von welchem Theater träumen wir?“ und nahm sich unter anderem vor, das utopische Potenzial des Theaters heute auszuloten. Es wurden zwar viele Interessante gegenwärtige Themen angesprochen. Die eklatanten Widersprüche der eigenen institutionellen Realität, welche sich zum Beispiel aus Sponsoring & Outsourcing Kooperationen mit globalen Unternehmen wie G4S, Novomatic, Agrana und Casino Austria ergeben, wurden nicht thematisiert. Dies ist der Grund für diesen Blog. Er ist Teil einer performativen Intervention

eines Billeteur-Angestellten, welcher im Rahmen des Kongresses am 12.10.2013 im Burgtheater versuchte unangekündigt, eine „utopische Rede“ zu diesem Thema zu halten.

Rede eines Billeteurs für das Burgtheater

Burgtheater Wien, den 12.10.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrtes Ensemble,
sehr geehrte Direktion,

Herzlich willkommen in der Utopie Theater!

Mein Name ist Christian Diaz und ich arbeite nebenberuflich seit zwei Jahren als Billeteur am Burgtheater. Ich stehe hier, weil ich eine gewisse Dringlichkeit dafür empfinde, dass auf diesem Theaterkongress auch über die Welt der Arbeit vor der Bühne erzählt wird. Der Kongress wird in wenigen Minuten seinem geplanten Verlauf folgen. Bis dahin bitte ich Sie herzlich um Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bin einer von ca. 400 ArbeitnehmerInnen, die in den Wiener Bundestheatern als Publikumsdienst arbeiten. Als erste sichtbare Repräsentanten der Häuser tragen wir essenziell zur Inszenierung des Gesamtkunstwerks Theater bei. Gegenüber den Besucherinnen und Besuchern inszenieren wir das, was architektonisch österreichisches Nationaltheater, österreichische Hochkultur zu sein behauptet.

Auch wir sind Performer des Burgtheaters.

„Von welchem Theater träumen wir?“ ist das Thema des Kongresses, zu dem Sie heute hierher gekommen sind. „Von welchem Theater träumen wir?“, das fragte ich mich auch, als ich mir vor einigen Monaten bewusst wurde, dass ich in Wirklichkeit nicht für das Burgtheater arbeite.

1996 nämlich gliederte die Bundestheater Holding den gesamten Publikumsdienst der Wiener Bundestheater aus, an den größten Sicherheitsdienstleister der Welt. Wir performen also das Burgtheater, sind aber eigentlich Security Angestellte.

Unser Arbeitgeber heißt G4S. Das steht für Group 4 Securior. G4S ist ein dänisch britisches Securityunternehmen mit Hauptsitz in Großbritannien. Es ist mit mehr als 600 000 Mitarbeitern, der größte Arbeitgeber an der Englischen Börse. Es agiert in mehr als 120 Ländern auf der Welt. G4S Österreich hat ca 3 000 MitarbeiterInnen und ist in Österreich einer der Marktführer in Outsourcing und Security-Solutions. Das Dienstleistungsportfolio des Unternehmens ist sehr umfangreich. Hier eine kleine Zusammenfassung:

G4S ist spezialisiert auf Outsourcing Solutions. Das heißt, es profitiert von der Übernahme ehemals öffentlicher oder korporativer Dienste. Es leitet und unterhält private Gefängnisse in England und den USA.

Es organisiert Flüchtlingsheime, Abschiebegefängnisse und Sozialhilfe Zentren in Nordengland. Außerdem kümmert es sich um den Schutz von Minen seltener Erden in Südamerika und Afrika, es fährt Sicherheitstransporte, es sichert westliche Unternehmen in Afghanistan, sichert Banken und Botschaften, Ölpipelines, Atomkraftwerke und Flughäfen

weltweit. Mitte September diesen Jahres hat G4S Österreich einen 68 Millionen Euro Vertrag mit dem österreichischen Staat unterschrieben. Das Unternehmen wird in den nächsten 15 Jahren ein Abschiebegefängnis in Vordernberg in der Steiermark unterhalten und leiten.

G4S ist international in unzählige Kontroversen, Skandale und Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des Internationalen Rechts verwickelt.

Die Outsourcing Modelle des Unternehmens beruhen auf Kostensparung und das heißt de facto: Personalkosten-Einsparung.

G4S wird von einer Vielzahl von NGOs weltweit dafür angeprangert, schlecht ausgebildetes Personal stark unterbezahlt arbeiten zu lassen. In den letzten 7 Jahren zählt die Research-Kooperative „Corporate Watch“ aus London, Proteste und Streiks gegen die Unterbezahlungsstrategie des Unternehmens in Nepal, Süd Korea, Namibia, Mozambique, Südafrika, dem Kongo, Israel, den USA, Kamerun, Indonesien, Marokko, Panama, Griechenland. Und das sind nur die dokumentierten Proteste.

2006 zahlte G4S in den USA erst unter gerichtlichem Druck eine Million Dollar Überstunden an seine Angestellte aus, die es seit 1995 einbehalten hatte.

2011 veröffentlichte G4S die Kampagne „Arbeitende Gefängnisse, arbeitende Menschen“, um englische Unternehmer für Gefängnisse als Produktionsstätte zu begeistern. In den G4S Gefängnissen in England arbeiten mehrere hundert Häftlinge 40 Stunden die Woche. Die Arbeitsstunden in den Gefängnissen sind so günstig und profitabel, dass Arbeit an Büromöbeln für das Unternehmen Norpro – zwischenzeitlich in Indien hergestellt – nun wieder in England gemacht wird.

2010 gingen Security Angestellte - meine Kollegen – bei der Abschiebung des Angolaners Jimmy Mubenga in London, gegen dessen Widerstand so aggressiv vor, dass dieser an Luftmangel erstickte. Dieser Fall wird in England momentan vor Gericht verhandelt.

Aufzählungen von Kritiken und Kontroversen um den multinationalen Konzern G4S ließen sich fast endlos fortsetzen.

Was, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben diese Fakten mit der Theaterpraxis dieses Hauses zu tun?

Was bedeutet es für die Utopie oder Heterotopie Theater, dass eine der renommiertesten kulturellen Institutionen dieses Landes schon seit vielen Jahren unhinterfragt mit multinationalen Unternehmen wie G4S, Novomatic, Agrana oder Casino Austria in einem Boot sitzen? Was sagen uns diese Fakten über eine Politik, die diese Outsourcing-Praktiken fördert und forciert? Was bedeutet das alles für die Glaubwürdigkeit dieses Theaters?

Von welchem Theater träumen wir?

Es ist dringend an der Zeit, dass sich das Burgtheater der ungerechten, hierarchischen und unsolidarischen Arbeitsbedingungen am eigenen Hause stellt. Es reicht nicht aus, sich mit pompösen Charityveranstaltungen wie dem „Lifeball“ in der Öffentlichkeit ein gutes Image zu verschaffen.

Es ist dringend an der Zeit, dass sich das Burgtheater wieder um alle Menschen kümmert, die zur Realisierung des Gesamtkunstwerks Theaters beitragen!

Ich träume von einem Burgtheater, das sich gegen das Unternehmen G4S positioniert. Ich träume von einem Theater, das sich gegen die Politik stellt, welche Outsourcing, Privatisierung und damit wachsende Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft fördert.

Ich träume von einem Theater, das sich gegen die Abschiebung von Menschen wendet, die in anderen Teilen der Welt unterbezahlt und in Elend die Produkte unseres Wohlstands herstellen.

Ich wünsche Ihnen in diesem Sinne einen informativen und produktiven restlichen Jubiläumskongress!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kritische Billeteur*innen der Bundestheater haben sich organisiert und einen Blog eingerichtet, wo sie für sich selbst sprechen. In einem gemeinsamen Statement sprechen sie sich für ein Vertragsende zwischen Bundestheaterholding (ihren Arbeitsorten) und G4S (ihrer Arbeitgeber*in) aus.

Anonyme Billeteurinnen und Billeteure

Wir, eine Gruppe von Billeteurinnen und Billeteuren, möchten hiermit im Gewirr der zahlreichen medialen Stimmen unser Anrecht auf eine eigene und öffentliche Stimme geltend machen. Nachdem in den letzten Wochen seit der vielzitierten „Rede des Billeteurs“ über uns, um uns herum und für uns geredet, geschrieben und entschieden wurde, wenden wir uns nun in Form dieses Blogs an die Öffentlichkeit.

Bisher ist uns eine öffentliche Stellungnahme nicht möglich erschienen, ohne um unseren Job zu fürchten. Auch jetzt ist für uns die höchste Priorität, dass alle Kolleginnen und Kollegen ihren Job behalten können. Darum halten wir hier vor allem fest, dass wir mit diesem Blog nicht für die Allgemeinheit der Billeteurinnen und Billeteure sprechen, sondern für eine Gruppe der bei der G4S angestellten MitarbeiterInnen, der eine Identifikation mit ihrem Arbeitgeber nach den Ereignissen der letzten Wochen unmöglich geworden ist.

Wir fordern deshalb als anonyme Billeteure und Billeteurinnen, dass Firmen wie die G4S, die national und international für zweifelhafte Machenschaften bzw. Menschenrechtsverletzungen stehen, nicht länger aus dem Kulturbudget bezahlt werden. Wir bitten die Bundestheaterholding, ihren Vertrag mit der G4S zu lösen und ein Arbeitsverhältnis ohne Gewissenskonflikte zu ermöglichen, in dem freie Meinungsäußerung nicht nur möglich, sondern auch erwünscht ist.

*Die anonymen Billeteurinnen und Billeteure
<http://anonymebilleteure.tumblr.com>*

III

Aus dem Innern der Arbeitsagenturen in Deutschland und Frankreich; deutsch-französische Einblicke

Von der Selbstverteidigung zur Selbstermächtigung

Bericht aus dem Innern des Motors: Agentur für Arbeit in Frankreich/ ANPE/:

Fabienne Brutus, Mitglied bei Sud Anpe (Sud - Gewerkschaft in der Agentur für Arbeit) und bei Attac. Sie ist Beraterin, 31 Jahre, großgeworden in Roubaix, erzogen zum Respekt gegen andere und für die Egalité. Mit 24 Jahren Mutter, dann geschieden. Sie zog ins Aude, nach Limoux, arbeitete dort in einem Kulturladen. Irgendwann stand sie auf der Straße, erwerbslos. Ein Jahr lang besuchte sie ständig die Agentur für Arbeit. Hier wurden Berater und Arbeitsvermittler gesucht. Sie bewarb sich und wurde genommen.

Gleich zu Anfang bekam sie ein Rundschreiben der Leitung, das allen Beschäftigten der ANPE, Agentur für Arbeit in Frankreich, ein striktes Schweigen über betriebliche Vorkommnisse und Ereignisse verordnete. Die Regelungen sind schärfer gefasst als für Steuerbeamte.

Frankreich spricht mit einer Stimme, nämlich der Stimme der Regierung, und die Medien verbreiten das. Die Zahl der Erwerbslosen wird geringer, behaupten diese. Genau das konnte sie nicht mehr ertragen, einfach zuzuhören und alles hinzunehmen, die kleine Angestellte aus dem Aude. Seit vier Jahren ist sie bei der ANPE beschäftigt und erlebt die Realität jeden Tag, wie es mit den tollen Arbeitsplätzen aussieht. Ein Teil der Zeit wird damit verbracht, die Statistiken so zu verändern, die Zahlen so zu verschieben zwischen den Kategorien, dass nominell weniger Erwerbslose herauskommen auf dem Papier.

Was tun? Öffentlich machen, aber wie? Anruf bei Daniel Mermet, Moderator einer sehr beliebten Sendung auf dem Radiosender „France inter“ täglich zwischen 17 und 18 Uhr. Zuerst noch mit falschem Namen und anonym begann sie eine Enthüllungsgeschichte. Aus diesem Erleben, den erzählten Geschichten wurde ein Buch, das die Innenwelt, das Innenleben einer Behörde schilderte, den Alltag. Am 30. März 2006 ist dieses Buch über die streng gehüteten Geheimnisse der Erwerbslosigkeit in 6.500 Exemplaren erschienen.

Dieses Buch will Zeugnis ablegen über das Leiden der Arbeitssuchenden wie auch der Berater. Es berichtet über die Manipulation der Zahlen und Statistiken, die zum Bestandteil der Arbeit der Beschäftigten in der Behörde geworden ist. Du hörst die öffentlichen Verlautbarungen der Leitung und du siehst und erlebst die Realität. Zwei Welten und es ist wichtig, dies der Gesellschaft mitzuteilen. Zunehmend werden die Beziehungen zwischen Arbeitssuchenden und Berater angespannter. Außer Schikanen, Kontrollen haben die Berater ihnen nichts anzubieten. Sie machen sich Sorgen um all das, was die Leute mitbekommen und privat behalten sollen, anstatt es öffentlich zu machen. Die Kollegin will aber

ihre Arbeit gut machen. Sie erhielt viele viele Schreiben von Kollegen, die sie unterstützen. Endlich hat einer ausgesprochen, was wir täglich erleben und auch richtig erleiden.

In ihrem Buch zeigt sie, wie Statistiken gefälscht werden, wie Leute mutwillig von der Unterstützungsliste gestrichen werden, wie öffentliches Geld verschwendet wird. Das Buch stößt auf breites Interesse.

Ein Leser schreibt dazu im Internet: „Wir erleben heute eine Hierarchie, die vollkommen der Politik untergeordnet ist, die Maßnahmen erzwingt, um radikal die Zahlen zu senken. Gleichzeitig Prämien vergibt für die Gangster. Der Berater ist direkt der zunehmenden Aggression erzwungener Arbeitssuchender ausgesetzt. Eigentlich wird ein Mittel gesucht, sie alle verschwinden zu lassen. Vielleicht löst die Verteilung des Buches Revolten aus, ich hoffe es.“

So ist Einiges in Bewegung gekommen. Gewerkschaften haben das aufgegriffen und Beschäftigte haben sich öffentlich geweigert, Arbeitssuchende aus den Listen zu streichen oder Sanktionen zu verhängen. Langsam formierte sich eine soziale Dynamik, in der die Beschäftigten zum Ausdruck bringen: „Nein, das machen wir nicht mit, wir wollen unsere Arbeit zum Nutzen des öffentlichen Wohls machen, für die Arbeitssuchenden. Wir sind keine private Agentur der Regierung und untertänige Erfüllungsgehilfen.“

Vor diesem Hintergrund ist die Erklärung zur beruflichen und bürgerlichen Ethik von Sud ANPE 81 (14. Januar 2006) zustande gekommen:

„Unsere Aufgabe ist es vor allem, den Arbeitssuchenden (AS) zu helfen, eine Beschäftigung zu finden und das erwarten auch die Arbeitssuchenden von uns. Aber es gibt einfach keine Arbeit für Alle. Die Zunahme von Gesprächen, die ständigen Aufforderungen zum Besuch der Agentur werden keine Arbeit schaffen, sondern erhöhen nur das Risiko für die AS, gezwungen, schikaniert und abgestraft zu werden. Wir, Beschäftigte der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind.

Wir verweigern uns, sie auszugrenzen und wir werden keine Streichung mehr durchführen, ohne vorher die moralischen und menschlichen Folgen mitzubeachten. Wir schlagen Angebote vor, wir zwingen aber Angebote nicht auf. Wir werden die AS nicht zwangsweise in kleine Kästen stecken. Wir erpressen sie auch nicht mit Streichung.

Wir verweigern uns auch, der Wut der AS ausgesetzt zu werden.

Wir verweigern uns, eine soziale Polizei zu sein, angewiesen zur Unterdrückung anstatt als öffentlicher Ratgeber für Beschäftigung agieren zu können.

Weder AS noch Beschäftigte der ANPE sind verantwortlich für den Zustand des Arbeitsmarkts und für die wachsende Prekarisierung. Wir sind mit den AS solidarisch.

Wir weigern uns, falsche Zahlen, unlautere Angebote und leere Unterhaltungen zu produzieren, und wir werden unsere beruflichen Praktiken dazu einsetzen, den Nutzern unserer Dienste zu helfen im vollen Respekt ihrer bürgerlichen Rechte.“

*Die Beschäftigten der ANPE aus dem Tarn, gewerkschaftlich organisiert bei SUD
(Sud-anpe.81@wanadoo.fr)*

Die Erklärung von Fabienne bekam viel positive Resonanz. Ihr Tenor entspricht den folgenden Wortmeldungen im Web als Reaktion:

„Ein großes Danke, diesen ersten mutigen Schritt gemacht zu haben – wir wünschen uns alle eine Epidemie von diesem Typ von mutigem Handeln/ Michel Berthelot“

„Es ist höchste Zeit, dass dies endlich ausgesprochen wird in diesen Worten. Danke./ Martine“

Auch wenn diese offen bekräftigenden Position nicht die Zustimmung aller Beschäftigten in den Agenturen findet, wird doch deutlich, dass auf diesem Wege neue Formen der Verständigung der Lohnabhängigen entstehen können, für das tous ensemble, das den korporatistischen Konsens mit den staatlichen Auftraggebern zerbricht und eine solidarische Gesellschaftlichkeit hervorbringt.

Wie sich das buchstabieren lässt, kann man einer „Erklärung der CGT – Sud zur Lage in den Ämtern“ entnehmen:

„Die Situation wird ernst in den Agenturen und die Leitung scheint sich darüber nicht klar zu sein. Die Angriffe auf den Ämtern häufen sich, die Agentur selbst wird zur Zielscheibe, einige der Gebäude sind schon abgebrannt. Politiker und Sozialpartner/ CFDT – Gewerkschaft und Medef / Unternehmerverband/ machen Druck auf die Erwerbslosen. In Wirklichkeit geht es darum: Die Leute sollen mehr und mehr kontrolliert werden, Misstrauen ihnen entgegengebracht werden, sie sollen als potentielle Betrüger angesehen und behandelt werden. Die Beschäftigten sollen sich zum Zivilfahnder transformieren. Die Berater kommen immer mehr in eine Zwangsmühle. Aufruf zum Widerstand:

Wir wollen den Kollegen keinen Schaden zufügen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, wir werden die Kollegen nicht ständig unter Druck setzen, wir sind keine soziale Polizei. Sud fordert seine Mitglieder auf, keine Sanktionen auszusprechen, die die soziale und persönliche Integrität und Würde der erwerbslosen KollegInnen beschädigen.“

In einem vorläufigen Höhepunkt dieser sozialen Dynamik ging am 13. Juni ein Viertel der Beschäftigten der Arbeitsagenturen in Frankreich zu einem nationalen Streiktag auf die Straße, um dafür zu demonstrieren als Berater und Unterstützer der Erwerbslosen zu arbeiten und nicht als Sozialschnüffler und soziale Polizei.

Wer erinnert sich an Erwin Bixler?

Er hat fast dasselbe erlebt in seinem beruflichen Alltag wie Fabienne Brutus. Große Politikerreden und falsche Zahlen. Auch er hat nach langem Zögern als gesellschaftliches Individuum gehandelt und das öffentlich gemacht: Im Februar 2002 meldete die Bundesanstalt vier Millionen Erwerbslose und ihr Vorsitzender Jagoda erklärte, es würden zwei Millionen Arbeitslose über die Ämter vermittelt. Doch die Statistiken waren gefälscht. Erwin Bixler, kleiner Beamter, wollte nicht mehr schweigen, nicht mehr Komplize sein. Ein mutiger Schritt. 10 Jahre hatte er mit sich gerungen. Dann wagte er den Schritt. Interne Kritik war ergebnislos geblieben. Bixler belegte sehr genau, wie die Arbeitsämter die Vermittlungen aufblähten. Das Ganze wurde aufgegriffen und verbreitet von Monitor. Folge: Jagoda, der damalige Chef der Bundesanstalt für Arbeit, musste gehen. Das Amt hieß nun Agentur. Gerster kam und die Hartzgesetze verwandelten eine recht unwirksame Behörde in ein neoliberales Institut für Verfolgungsbetreuung. „Ich kann mich noch sehr

gut an den Moment erinnern, wo ich mir gesagt habe: Jetzt geht's los. Das war drüben im Heizraum, ich habe eine Zigarette geraucht, und die einzige Überlegung, die ich hatte, war: Ich bin Beamter auf Lebenszeit, ich begehe kein Verbrechen, wofür sie mich einbuchen können oder aus dem Beamtenverhältnis entlassen können. Das war meine Absicherung. Und so habe ich losgeschrieben."

Aber die undichte Stelle, der couragierte, nicht-untertänige, ungehorsame Beamte, wurde nicht belobigt aufgrund seiner Zivilcourage, sondern er wurde von Leitung und Kollegen verfolgt und schikaniert. Stress und Ausgrenzung machten ihn krank. Viele wussten das und schwiegen – ein totalitäres Schweigen. Unterstützung in der Behörde erhielt Bixler nur wenig. Aber warum wurde das nicht aufgegriffen von den Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Akteuren in der Agentur selbst? Sie hätten doch – wie in Frankreich passiert – diese Kritik an den offiziellen Darstellungen und an den Manipulationen der Statistiken unterstützen können. Stattdessen wurde der Verkünder der unzulässigen Wahrheit verfolgt und von einem Teil der Kollegen als Nestbeschmutzer beschimpft. Der Korpsgeist sah einen Verräter und Deserteur. Drei Monate war Erwin Bixler krank. Dann, als er wieder an das Arbeitsamt Saarbrücken zurückkehrt, begann für ihn ein Spießrutenlauf. Zunächst wurde er an eine unangenehmere Stelle versetzt. Auch wurden seine dienstlichen Beurteilungen plötzlich schlecht, nachdem sie 20 Jahre immer sehr gut waren, was zu Gehaltseinbußen führte. Aber das Schlimmste sind indirekte Anfeindungen wie dieser Brief eines Arbeitsamtsdirektors an die Mitarbeiter:

„Entsetzt und wütend bin ich über die Penetranz und Hartnäckigkeit, mit der Herr Bixler, Mitarbeiter der Innenrevision im LRA, Landesarbeitsamt, für die Sauberkeit der Statistik kämpfte, und in welcher Art er in Berlin empfangen wurde. Empörend seine jetzigen larmoyanten Beteuerungen, um seine Dienstpflichten nicht zu verletzen hätte er diesen Weg, den ich als Denunziantentum bezeichne, wählen müssen."

In diesen Monaten stand Erwin Bixler alleine da. Er hätte auch dringend professionelle Hilfe gebraucht, wie sie die Frankfurter Fairness-Stiftung bietet. Die Stiftung hilft Menschen dabei, illegale oder unethische Missstände aufzudecken. Viele Anrufer möchten anonym bleiben, weil sie Angst vor beruflichen Nachteilen haben.

Doch es kommen neue Bixlers. So veröffentlichte die TAZ einen Bericht einer anonym bleibenden Mitarbeiterin einer Arbeitsagentur, die das Innenleben der ehemaligen Behörde und jetzigen Agentur mit beißender Kritik überzieht. Daraus einige kurze Ausschnitte:

Produktion von Parias – Bericht aus den Eingeweiden der Arbeitsagentur

„Was für ein glücklicher Tag für alle Arbeitslosen.“ (Peter Hartz)

Frau K. ist Beamtin, Anfang 60 und arbeitet in einer Arbeitsagentur in einem der alten Bundesländer. Sie bleibt anonym. Frage: „Sie haben angedeutet, dass sie zahllose schlechte Erfahrungen seit der Einführung von Hartz IV gemacht haben?“ Frau K. sagt heftig: „Nein, ich mache nicht zahllose, ich mache vor allem eine grundsätzliche, hässliche Erfahrung und das ist die der Würdelosigkeit. Die ist quasi schon per Gesetz so angelegt und zusätzlich wird sie dann noch durch schlecht qualifizierte Kollegen verschärft. Dem Arbeitslosen ist seine Würde aberkannt worden. Aber seit eine Reform nach der anderen

durch die Behörde jagt, seit es immer mehr um die Verschönerung der Statistik geht, um betrügerische Manipulationen, siehe Jagoda usf., weht bei uns ein ganz anderer Wind. Heute ist es so, dass wir ganz unmittelbar zu Mittätern beim Sozialraub gemacht werden. Ein kleiner Teil der Mitarbeiter ist hoch motiviert, der denkt trotz aller Belastung an die Leute draußen. Ein Hardliner in der Behörde, der kann diesen Übergangszustand nutzen für Härte und Strenge und zum Vorführen der Kunden – wir nennen die Arbeitslosen nämlich Kunden. Die wohlmeinenden unter den Kollegen können, in aller Stille, die gesetzlichen Vorschriften im Sinne des Kunden auslegen. Die Machtbefugnis ist erschreckend groß. Also der Punkt ist, und das muss man einfach sagen, der Charakter eines Mitarbeiters entscheidet unter Umständen über Leben und Tod, er kann einen Suizid auslösen. Er kann jemanden depressiv machen. Er hat die Macht, Schicksale zu erzeugen. Und der andere Punkt ist der Druck, unter dem diese ganze Angelegenheit steht, auch unter dem Druck, die Wahrheit zu verheimlichen. So entsteht ein scharfer Korporationsgeist, wie bei der Polizei, Kritik wird nicht geduldet. Das ist unerträglich. Deshalb sehe ich natürlich jeden Tag rot, wenn so eine gewaltige Fehlentscheidung wie Hartz IV von uns Beamten durchgeboxt werden soll. Wir wissen genau, es gibt keine Arbeitsplätze, aber ich stehe unter dem Leistungsdruck, bestimmte Vermittlungszahlen, pro Vierteljahr, pro Halbjahr, pro Jahr zu erbringen. Achtzig Prozent der Arbeit, die wir täglich machen, geht in die Bewältigung von Verschlüsselung, in die Herstellung der Statistik. Denn das eigentliche Unternehmensziel ist der Selbsterhalt der Behörde. Denn eigentlich macht sie primär eins: Sie macht Statistik. Ihr Auftrag ist eine positive Statistik zu produzieren. Und so wird sie ganz automatisch zu einer Maschinerie des Betrugs und des Selbstbetrugs. Mit einem riesigen Apparat an Personal, Material, Geld, Gebäuden, Kunden, Fragebögen, Akten kümmern wir uns energisch um die Verbesserung der Arbeitslosenstatistik. Aber darüber darf nicht gesprochen werden, auch nicht intern, höchstens mal im kleinen Kollegenkreis, oder mal privat mit Kolleginnen, das grenzt nämlich an Hochverrat, und deshalb ist das Thema einfach tabu.“

Die Worte und Sätze, das alltägliche Erleben der deutschen Kollegin sind fast identisch mit den Beschreibungen von Fabienne Brutus in ihrem Buch über das Geheimnis der Erwerbslosigkeit.

Fazit:

Die Lage in vielen Betrieben und Einrichtungen in Frankreich wie in Deutschland ist gut vergleichbar. Viele Beschäftigte haben Angst vor beruflichen Nachteilen, wenn sie einzeln vortreten. Hier müssen Gewerkschaften ihren Nutzen unter Beweis stellen. Darin versagen vor allem die deutschen Gewerkschaften, die die Kollegen in solchen Konflikten zumeist nicht unterstützen und ihnen nicht helfen, Missstände öffentlich zu machen, wäre es doch eine urgewerkschaftliche Aufgabe den Ungehorsam der Beschäftigten zu fördern und selbst auch durch enthüllende Berichte solche Tatsachen und Ereignisse öffentlich zu machen. Dieser Unterschied zu den französischen Verhältnissen ist vor allem auch ein kultureller Unterschied, der sich aber verringern lässt. Wir brauchen soziale und gewerkschaftliche Organisationen, die gesellschaftlich denken und handeln und nicht Teil eines korporatistischen Cliquenverhaltens sind.

Inge Hannemann, die wegen ihrem Erzählen über die Zustände im Jobcenter Hamburg Altona und der Kritik an der Agenda 2010 vom Dienst suspendiert wurde:

Wuppertal: Alte Feuerwache

Am 16.10.2013 referierte Inge Hannemann in der Alten Feuerwache zum Thema „Gewollte Armut? Die Sanktionspraxis des Hartz IV-Systems“. Eingeladen hatte der Kreisverband Wuppertal der Partei DIE LINKE. Zu der Veranstaltung hatten sich etwa 55 Personen eingefunden, Betroffene, Interessierte, Vertreter aus verschiedenen Erwerbslosenverbänden und erfreulicherweise auch einige Mitarbeiter aus Jobcentern.

In der Einleitung bestätigte Frau Hannemann die Vermutung vieler, dass die Mitarbeiter in den Jobcentern geradezu angetrieben würden, Erwerbslose regelmäßig zu sanktionieren. Begründet würde dies stets mit den Zielvorgaben der Einsparung. Sie befand, dass die Sanktionen des SGB II die Erwerbslosen erpressbar machten und die 100%-Sanktionen besonders junge Erwerbslose in Not und Verzweiflung stürzten. Anstelle konstruktiver Hilfen, würden so Hilfebedürftige übermäßig beschwert. Den Leistungseinstellungen folgten Energiesperren, Mietschulden, Obdachlosigkeit und nicht selten Beschaffungskriminalität.

Das „System der Angst“

Das „System der Angst“ wirkt aber nicht nur direkt bei den Erwerbslosen, sondern auch bei vielen „Noch-Erwerbstätigen“ und abhängig-befristeten Jobcenter-Mitarbeitern. Dabei wies sie auf die Insolvenzen bei Praktiker und Max Bahr, aber auch die Entwicklung bei Opel hin.

In einem weiteren Punkt kritisierte Frau Hannemann die häufig rechtsgrundlose Zurückweisung von Antragstellern. Immer wieder erhalte sie Rückmeldungen, dass die Annahme von Anträgen ohne tatsächliche Prüfung der Anspruchsgrundlagen verweigert wurden und die Unwissenden ohne Hilfe gestellt würden.

Alles nur, um „Zielvereinbarungen“ über das Elend von Hilfebedürftigen zu erfüllen und Erfolgsprämien für die Geschäftsführer sicher zu stellen?

Zeitarbeit

Dann wandte sich Frau Hannemann dem Thema der Zeitarbeit zu. Sie zeigte auf, auf welche Weise die Zeitarbeitsbranche der Statistikfälschung der Bundesagentur für Arbeit zuarbeiten. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse eigneten sich wunderbar, die gleichen Erwerbslosen binnen weniger Monate gleich mehrfach als „Vermittlungserfolg“ zu präsentieren. Im Gegenzug profitierten die Firmen von den Niedriglöhnern, von immensen Einsparungen durch minimale Sozialabgaben und durch staatliche zusätzliche Eingliederungszuschüsse von 20-50 % subventioniert die Regierung den Niedriglohn. An die Stelle der Förderung der Erwerbslosen ist die planmäßige Begünstigung der „Sklaventreiber“ getreten. Die Erwerbslosen werden nachhaltig geschädigt. Der Niedriglohn macht jede Familienplanung zunichte und legt die Grundlagen für unabwendbare Altersarmut. Rückerstattungen aus Einkommenssteuererklärungen fordert das Jobcenter als Einkom-

men wieder ein. Zeitarbeit und Sanktionsdrohungen gehen ebenfalls zusammen. Die Existenzbedrohung schwebt täglich als Damoklesschwert über den Lohnsklaven. Zusätzliche Verelendung für langjährig Beschäftigte wird über den Versuch vorzeitiger Zwangsverrentung ausgeübt, da diese stets mit hohen finanziellen Einbußen einhergehe.

Sorge um Erwerbslose und Kollegen

Aber Frau Hannemann ist nicht die bösartige Systemkritikerin, die die BA ihr gerne andichten möchte. Bei aller sachlichen Kritik verlor sie kein böses Wort über ihre Kollegen. Statt dessen ergriff sie immer wieder das Wort für sie. Die überproportionale Fluktuation bei den Jobcentermitarbeitern und die unverhältnismäßig hohen und langfristigen Krankenzustände seien dem enormen internen Leistungsdruck geschuldet. Psychische Erkrankungen der Mitarbeiter würden im rücksichtslosen Ranking der Jobcenter in Kauf genommen.

Nur schlecht ausgebildet

Für viele überraschend schienen die Hinweise auf die erheblichen Schulungsdefizite der Jobcenter-Mitarbeiter zu sein. Frau Hannemann reflektierte, dass die Basisschulungen zwar thematisieren würden, wie man richtig sanktioniert und die Erwerbslosen zu Eingliederungsvereinbarungen drängt; qualitativ hochwertige Schulung im SGB II B. den Beratungspflichten des SGB I dürfe regelmäßig nicht erwartet werden. Als besonders erschreckend war zu hören, dass die Rechtsentwicklung der Sozialgerichte und des Bundessozialgerichts vielerorts nicht an die Basis weitergegeben würde, so dass die Beratung im Ergebnis nur veraltet und falsch sein könne. In einigen Jobcentern sollen die Mitarbeiter direkt aufgefordert worden sein, die Entscheidungen der Sozialgerichte in der Alltagsarbeit zu ignorieren.

Die Regelsätze sind zu gering bemessen

Frau Hannemann schließt sich auch der unqualifizierten Neiddiskussion in den Medien nicht an: Nicht nur, dass der Regelsatz nach ihrer Meinung eindeutig unzureichend ist, die Regelsatzdiskussion belegt gerade, dass auch etliche Löhne zu niedrig sind. Als konkretes Beispiel griff sie nur die Entwicklung der Strompreise heraus. Diese findet keine echte Anpassung in den neuen Regelsätzen.

Niemand geht allein zum Amt

Besonderen Nachdruck legte die Referentin auch auf die Möglichkeit, Beistände mit zum Amt zu nehmen. Dieses Thema fand besondere Zustimmung bei den Zuhörern. Wer mit einem Zeugen zum Amt geht, mit Stift und Papier bewaffnet Gesprächsnotizen macht und ohne Rückfragen bei Anwalt oder Beratungsstelle nichts sofort unterschreibt, schützt sich selbst bestmöglich.

Eingliederungsvereinbarungen sollten nie unterschrieben werden

Wer leichtfertig eine Eingliederungsvereinbarung (EGV) unterschreibt, bindet sich durch einen wirksamen Vertrag. Frau Hannemann machte darauf aufmerksam, dass die meisten EGVs bereits aus dem Grund rechtswidrig seien, weil keine Ausgewogenheit in den

Rechten und Pflichten erkennbar seien. Wer aber braucht einen Vertrag, der nur unnötiges Risiko darstellt, aber keinerlei Nutzen bietet?

Die Verleumdungskampagne der BA

In der anschließenden Diskussion wurden noch weitere Fragen zu verschiedenen Themen vertieft. So hatte z. B. die Bundesagentur für Arbeit in einer anonymen Pressemitteilung vom 14.6.2013 „Presse Info 035“ verlauten lassen, „Inge Hannemann gefährdet tausende Mitarbeiter der Jobcenter“. Diese Verleumdung wurde durch keine Fakten erhärtet.

Auf Rückfrage teilte Frau Hannemann unmissverständlich mit, dass sie unter Ihren Kollegen weitaus mehr Unterstützer hätte als Gegner. Zwar räumte sie ein, dass zwei Jobcentermitarbeiter sie und ihre Familie telefonisch bedroht hätten, aber beide Anrufe konnten ins Jobcenter zurück verfolgt werden und die Mitarbeiter seien ihr nunmehr persönlich bekannt.

Sie äußerte sehr viel Verständnis dafür, dass sich die Mehrzahl der Kollegen nicht öffentlich zu ihr bekennen könnte, weil sie Repressalien befürchten müssten. Die Zahl ihrer anonymen Unterstützer gab sie mit ca. 60 Personen an, einige sogar aus höchsten Führungspositionen.

Eine weitere anwesende Jobcentermitarbeiterin gab sich unter den Zuhörern zu erkennen und berichtete von Vorwürfen Ihres Vorgesetzten: „Sie sind zu sozial. Sie sanktionieren zu wenig.“ Und „Im Sinne der Gerechtigkeit müssen sie genau so viel sanktionieren, wie ihre Kollegen.“

Was für ein Unsinn!

Die Veranstalter schlossen die Versammlung kurz nach 21.00 Uhr ab, das Gehörte wird noch lange nachhallen.

IV

Berichte aus verschiedenen Bereichen und verschiedenen Ländern

Soziale Verantwortung und Rentabilität

Im WDR lief ein Film mit dem Titel „Tödlicher Ausverkauf – wie Aids nach Asien kam“. Es ist vor allem ein Film über die Bayer AG, die Lagerbestände an aidsverseuchten Medikamenten besitzt und gewinnbringend leeren möchte. Die kapitalistische Verwertungslogik bringt hier Mitarbeiter in die Rolle von Komplizen in einem todbringenden Geschäft. Den gleichen Konflikt gibt es in Frankreich. Doch hier wird diese Handlungsweise öffentlich. Einige der verantwortlichen Manager und Leiter von Pharma-Instituten verweigern sich dieser Komplizenschaft. Es kommt zu öffentlichen Diskussionen über die Praxis der Rentabilität um jeden Preis sowie über das Recht und die Verantwortung des Einzelnen, sich dem zu entziehen.

Verfügung gegen Real-Mitarbeiter (2006):

Die Supermarktkette Real hatte einem Mitarbeiter per einstweiliger Verfügung die Verbreitung von Videoaufnahmen zum Hackfleischskandal untersagt und gegen ihn arbeitsrechtliche Schritte eingeleitet. Vorher war bekannt geworden, dass in zwei Real-Märkten im Raum Hannover abgelaufenes Hackfleisch als frisch verkauft worden war. Diese Vorgänge hatte der Real-Mitarbeiter dadurch öffentlich gemacht, dass er Kollegen beim Neuverpacken und Etikettieren der Fleischprodukte mit einer versteckten Kamera filmte. Ferner hatten polnische Leiharbeiter aufgedeckt, dass in einer niedersächsischen Fleisch- und Wurstfabrik verdorbene und abgelaufene Produkte umverpackt und mit neuem Datum versehen worden sein sollen. Hier wurde das Haltbarkeitsdatum einfach um drei Wochen verlängert. Das ARD-Magazin Report Mainz hatte diesen Skandal ins Abendprogramm gebracht. Was ist wohl mit den polnischen Kollegen passiert? Das Bundesverdienstkreuz haben sie ganz sicher nicht bekommen.

Reinigungskraft kämpft für Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen:

Nachdem der Reinigungsmann David Vega, der im Enrice Medical Center in Chico (Kalifornien) arbeitet, dem Management ein Video zeigte, wurde er gefeuert. Das Video hatte Vega aufgenommen, um wiederholte Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen bei der Entsorgung von biologisch gefährlichen Abfällen zu dokumentieren, durch die Krankenhausangestellte und PatientInnen Risiken ausgesetzt werden. Das Enrice Medical Center ist ein Non-Profit-Unternehmen und wird von einer Stiftung betrieben.

AWO-Pflegekräfte machen Betrug und Freiheitsberaubung öffentlich

Anfang Januar 2004 gab es einen Skandal in einem großen psychiatrischen Krankenhaus in der Stadt Wittstock im Osten Deutschlands. Das schon während der DDR-Zeit existierende Haus wurde nach der Wende von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) fortgeführt. Die Konzeption des Hauses zielte auf eine zunehmende Integration der Bewohner in die Stadt ab und sollte so die Praxis der Verwahrung in der geschlossenen Anstalt, wie sie zu DDR-Zeiten existierte, überwinden. Dafür wurden Reformansätze aus der westlichen Psychiatrie übernommen und aus Westdeutschland kamen auch zwei Mitarbeiterinnen, die diese Konzeption umzusetzen versuchten. Offensichtlich gab es ein Belegungsproblem, das die AWO in eine finanzielle Krise geraten ließ. Die Leitung hatte sich darauf entschieden zu handeln. Da die Tagessätze in der Verwahrung bedeutend höher als bei der offenen Behandlung sind, wurde als neue Leitlinie ausgegeben, die Leute wieder in der Anstalt zu halten. Zwei der verantwortlichen westdeutschen Mitarbeiterinnen, die dieses Konzept entwickelt hatten, trugen dies jedoch nicht mit und kritisierten auch die Leitung. Darauf sprach die AWO die fristlose Kündigung aus, die auch durch den Personalrat und die Gewerkschaftssekretärin unterstützt wurde. Begründung: Das Offenlegen der Verantwortung der Krankenhausleitung habe die Arbeitsplätze des Hauses gefährdet. Dies wurde begleitet durch eine Kampagne gegen die Wessies, die die Verrückten auf die normalen Bewohner loslassen wollten. Das ARD-Magazin Panorama machte die Sache bekannt und die einsetzenden Prozesse wurden zum öffentlichen Tribunal einer menschenverachtenden Betreuungspolitik. Die beiden gekündigten Mitarbeiterinnen bekamen Recht. Doch sind sie nicht wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt.

„Nach 30 Stunden wird der Patient zum Feind“

Was die prekäre Arbeitssituation für Beschäftigte und Patienten bedeutet, hat der Arzt Dr. Priesack auf dem Ärztetag 2001 so formuliert: „Nach 30 Stunden wird der Patient zum Feind.“ Doch diese großen Trennungen des Arbeitsalltags wecken auch den Wunsch nach praktischer Aufhebung dieses perversen Zustands. Er entsteht aus den Einblicken in den Alltag und aus sozialer Verantwortung. Und es braucht auch Zivilcourage, um die Missstände anzuprangern. Mit einem Beitrag auf dem Ärztetag 2001 wagte Wolfhart Priesack diesen Schritt. Unter dem Tagesordnungspunkt „Ausbeutung der Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus“ brach er das Schweigen über die unhaltbaren Zustände im Gesundheitswesen und sorgte dafür, dass ein Krankenhaus und seine Beschäftigten aus einem Betriebsgemeinnis ein Politikum machten. Sie offenbarten so eine Realität, die nicht Einzelfälle darstellt, sondern alltägliches Erleben in Tausenden von Kliniken. Der Marburger Bund Hessen erklärte sich solidarisch mit Priesack, der als Oberarzt und Stellvertreter des Chefarztes der Chirurgischen Abteilung im Städtischen Krankenhaus in Kiel arbeitet. Mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht zur Anerkennung seines Rufbereitschaftsdienstes als Arbeitszeit hatte sich Wolfhart Priesack möglicherweise zusätzlich beim Arbeitgeber unbeliebt gemacht. Während des Urlaubs seines Chefs hatte er gegenüber der Krankenhausleitung schriftlich erklärt, dass angesichts der angespannten Personallage eine ordnungsgemäße Krankenversorgung nicht möglich sei und war daraufhin von seiner Leitungsfunktion entbunden worden. Über diese Wild-West-Methode dabei gibt es widersprüchliche Darstellungen.

Einen Beitrag zu dieser positiven Skandalisierung leisteten auch Cora Jacoby, Ärztin aus Berlin bei Vivantes und Volker Gernhardt, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und kritischer Gewerkschafter von Vivantes in Berlin. Auch die mutige Altenpflegerin Brigitte Heinisch, ebenfalls von Vivantes, hat hier ihren Beitrag geleistet. Diese Konflikte haben deutlich gemacht, dass die betroffenen Betriebe ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht mehr gerecht werden. Ein Arzt, der übermüdet ist, unterscheidet sich in nichts von dem Fernfahrer, der übermüdet am Steuer sitzt und die Öffentlichkeit genauso gefährdet wie der Arzt den Patienten. Es wurde auch deutlich, dass couragierte und engagierte Menschen das Risiko eingehen, für ihr soziales Verhalten mit Entlassungen, Kündigungen oder Abmahnungen bedroht zu werden. Erwartet wird eine Loyalität, die menschliche und soziale Verantwortungslosigkeit in Kauf nimmt.

Cora Jacoby, 1995, seit 8 Jahren Ärztin der Onkologie im Berliner Krankenhaus Neukölln, hatte bei einer Fernsehdiskussion unter anderem darüber berichtet, dass Patienten wegen Überfüllung des Krankenhauses auf Fluren liegen mussten und vorzeitig entlassen wurden. Die Krankenhausleitung reagierte mit fristloser Kündigung, suspendierte sie vom Dienst und erteilte Hausverbot. Jacoby zog vor Gericht und gewann.

Zahlreiche Schwestern, Pfleger, Ärzte und vor allem Patienten unterstützten sie und demonstrierten vor den Gerichtsterminen. Der Richter begründete schließlich das Urteil am 20. Dezember damit, dass das Recht auf Meinungsfreiheit auch Erfahrungsberichte aus dem Alltag einschließe. Cora Jacoby ging auch an die Öffentlichkeit, als in einem Klinikum des Vivantes-Konzerns ein Patient verschwand und dann tot aufgefunden wurde, vergessen wurde. Die Ärztin, die auch Mitglied der Ärztekammer in Berlin ist, benannte Gründe für die unhaltbaren Zustände:

„Der Tod dieses Patienten ist ein echter Skandal“, sagt die Ärztin Cora Jacoby, „es passiert oft, dass Patienten in einer Klinik verschwinden. Aber bislang haben wir sie immer gefunden.“ Cora riskiert mit dieser Stellungnahme eine Reaktion der Leitung von Vivantes. Denn diese will nicht, dass sich die Mitarbeiter öffentlich äußern. Ihrer Meinung nach führten zwei Faktoren zu dem Unglück: „Personalknappheit und Privatisierung. Technische Dienste werden nur noch an Firmen von außen vergeben. Dauernd laufen fremde Leute durchs Haus. Wir haben die Kontrolle darüber verloren, ob die sicherheitsrelevanten Bereiche verschlossen sind.“

Seit 19 Jahren arbeitet Cora Jacoby in der Klinik. Sie sagt, früher habe sie jeden Techniker gekannt. „Früher waren nachts auf jeder Station drei Schwestern, heute ist auf vielen nur noch eine im Dienst. Wenn die dann gerade bei einem Patienten ist, merkt sie nicht, wenn jemand verschwindet.“ Es ist 17 Uhr. Cora Jacoby macht ihre erste Pause. Um acht Uhr fing ihre Schicht an. Sie arbeitet auf der Station für Krebskranke, doch am Wochenende ist sie noch für eine weitere Station sowie für die Rettungsstelle zuständig.

In die gleiche Richtung geht auch die Geschichte mit der Kündigung der Berliner Altenpflegerin Brigitte Heinisch, die die Arbeitsbedingungen und Zustände im Altenheim von Vivantes in Berlin nicht mehr ertragen mochte. Sie versuchte mit Überlastungsanzeigen auf die Situation aufmerksam zu machen und informierte die Leitung des Seniorenheims. Doch nichts änderte sich. Die Altenpflegerin wurde krank. Darauf machte sie die Zustände öffentlich. Die Verantwortlichen reagierten wie im Fall Cora Jacobys mit fristloser Kündigung wegen Verleumdung. Es war nicht leicht für die mutige Pflegerin, eine breite Unterstützung zu bekommen. Der Betriebsrat selbst verhinderte, dass über diese Geschichte in der Betriebszeitung berichtet wurde. Auch Leserbriefe an dieselbe Zeitung durften nicht veröffentlicht werden. Ver.di als gewerkschaftliche Vertretung war hin- und hergerissen. Einer der obersten Verantwortlichen der Gewerkschaften ist selbst Arbeitsdirektor dieses großen Krankenhauskonzerns. Inzwischen hat Brigitte Heinisch vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ihre Klage gegen Vivantes gewonnen.

Trotz aller Schwierigkeiten bleiben die Vorgänge und Zustände im Gesundheitswesen nicht mehr geheim. Eine Minderheit der Beschäftigten lässt sich das Wort nicht mehr verbieten.

V

Ausblick - Soziale Transformation und Organisation

Kommt es von ungefähr, dass sich seit den großen populären Massenstreiks 1995 in Frankreich neue Formen von sozialer Organisation gebildet haben, die die Fragen nach sozialer Nützlichkeit, nach sozialer Sicherheit und nach den Auswirkungen der Tätigkeit des Einzelnen auf die Gesellschaft insgesamt stellen und zu einem wichtigen Punkt ihrer gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit nehmen?

Ein derartiges Verständnis gewerkschaftlicher Arbeit lässt sich auch als Prozess sozialer Transformation begreifen, in dem sich die abhängig Beschäftigten nicht mehr gleichgültig verhalten zum Inhalt ihrer Tätigkeit und seinen Folgen, sondern Ansprüche aus der Gesellschaft aufnehmen und eigene Ansprüche an ihre Arbeit stellen. Sie verhalten sich so nicht mehr als Lohnarbeiter sondern als gesellschaftliche Produzenten. Ausgerüstet mit dem praktischen Wissen, das sie täglich für die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft brauchen, entwickeln sie neue Wege zu einer anderen menschenwürdigeren Praxis, deren vollständige Verwirklichung über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweist.

Von daher drückt heute der Widerstand der ProduzentInnen, egal ob in den Krankenhäusern oder Altenheimen, in den Chemieunternehmen, im öffentlichen Transport oder in der Fleisch- und Nahrungsmittelproduktion, die Suche nach authentischem Arbeiten, Forschen und Leben aus, das nicht auf Kosten anderer geschieht, das gesellschaftlich nützlich ist und auch bei dem Produzierenden Zufriedenheit schafft.

Diese Praktiken, die sich zum Beispiel in Frankreich in einigen Bereichen entwickeln, – gefördert von den seit 1995 sich entwickelnden Basisgewerkschaften wie SUD-Solidaire, aber heutzutage auch viel weitere Kreise ziehend – verändern die beteiligten Akteure und schaffen Grundlagen für eine soziale Transformationsbewegung, in der eine neue solidarische und spontan-kooperative Gesellschaftlichkeit sich entfaltet.

Dieser Prozess braucht Gewerkschaften, die aber ihre Fixierung auf die Erhaltung der Lohnarbeit überwinden und ihre Rolle in der Gesellschaft neu definieren. Wie das aussehen kann, beschreibt der folgende Reisebericht, den ein deutscher Teilnehmer nach ausführlichen Diskussionen mit GewerkschafterInnen der SUD in Frankreich niedergeschrieben hat:

„Zu (nicht nur) meiner großen Überraschung jedoch präsentierten sich die Sud-Gewerkschaften als Interessenverbände von Lohnabhängigen, die sich nicht auf ihre Rolle als Lohnabhängige reduzieren (lassen) oder zurückziehen, sondern die sich als gesellschaftliche Produzenten begreifen, als Produzenten, die sich dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit, den Bedürfnissen ihrer Konsumenten oder Nutzer verpflichtet fühlen. Nicht im Sinne einer »Kundenorientierung«, die nur an zahlungsfähigen Käufern interessiert ist, sondern im Sinne des Nutzens für eine größtmögliche Zahl von Menschen, gerade auch der ärmsten und bedürftigsten, im Interesse ihrer individuellen Entwicklung und sozialen Gleichachtung.

Die Orientierung der Sud-Gewerkschaften auf den gesellschaftlichen Bedarf und den Nutzen ihrer Arbeit ist ebenso schlicht und einleuchtend wie ungewöhnlich. Im traditionellen Selbstverständnis sind Gewerkschaften ausschließlich Interessenverbände von Lohnabhängigen, die mit den (privaten oder staatlichen) Unternehmen um Preis und Nutzungsbedingungen der Arbeitskraft ringen (»Schutzfunktion«). Die jeweilige gesellschaftliche Rolle der Lohnarbeit liegt (abgesehen von der allgemeinen Bestimmung, »werteschaffende Tätigkeit« zu sein) außerhalb dieses Horizonts. Die Beziehung zu den Nutzern, seien sie Verbraucher oder selbst Produzenten, gilt allein als Sache der Unternehmen, gegebenenfalls noch staatlicher Auflagen und Aufsicht, soweit Interessen der Allgemeinheit berührt sind. Die konkrete Arbeit interessiert nur als Gegenstand der Betriebsorganisation und der Lohndifferenzierung; ansonsten liefert sie die Abgrenzungskriterien der Gewerkschaften untereinander.

Der traditionelle Syndikalismus betrachtet das Kapitalverhältnis als seine Existenzbedingung und die Gesellschaft als etwas ihm Äußerliches, als abstrakt-übergeordneten Zusammenhang, »in dem« man halt lebt. Er stellt Ansprüche an die Gesellschaft, repräsentiert durch den Staat, aber er denkt nicht daran, im Namen der Gesellschaft Ansprüche an die eigene Arbeit zu stellen.

Der Typ Syndikalismus, den die Sud-Gewerkschaften repräsentieren, betrachtet umgekehrt die Gesellschaft als praktischen Zusammenhang der Menschen, in dem die Lohnabhängigen nicht nur Objekte, sondern zugleich tätige Subjekte, gesellschaftliche Produzenten sind und in dieser Eigenschaft das Kapitalverhältnis und die es schützende Politik als Hindernis, als »Ballast« (Gramsci) erleben.“

Nachwort

Viele reden von Bradley Manning, von Edward Snowden, von Inge Hannemann, von Fabienne Brutus, von Dominique Liot, den Robin Hoods der Energie, den mutigen Steuerfahndern aus Frankfurt und von Brigitte Heinisch, der Altenpflegerin aus Berlin und einer Reihe anderer couragierter Individuen. Aber was macht deren Handeln so provozierend, so aufregend, so besorgniserregend für die Herrschenden?

Der Alltag, der Lohnarbeitsalltag, die abhängige Arbeit im kapitalistischen Unternehmen macht die Beschäftigten sehr sensibel für die Widersprüche zwischen dem, was von ihnen verlangt wird im Geiste des Unternehmens, seines Erfolges, seiner Rendite und seiner glänzenden Außenfassade, seines öffentlichen Images und den inneren Verhältnissen, den Zumutungen und Anforderungen, dem Wirken in die Gesellschaft. und dem damit verbundenen gesellschaftlichen Nutzen oder Schaden. Genau diese Anforderungen an die ständigen maßlosen Umsatzsteigerungen, an die Verkäufe um jeden Preis, schaffen potentiell die Haltung, aus der „ Normale“ irgendwann ausbrechen zu wollen, den Wunsch, nicht mehr mitzumachen, sich gegen den Zwangs-Alltag zu wehren, ja zu streiken, um dieses verlogene Bild des schönen Scheins und der verlogenen Reden zu beschädigen. Umso mehr werden in den Unternehmen, Behörden und Einrichtungen Verschwiegenheit, Gehorsam und Komplizenschaft gefordert. Solche, die nicht mitziehen, werden sofort als Nestbeschmutzer beschimpft, um sie von den anderen (noch) schweigenden Kolleg_innen zu isolieren. Aber die Ängste der Herrschenden vor diesen unvorhersehbaren Ausbrüchen aus der Normale nehmen zu.

Die Frauen in den Luxushotels bei Hyatt in Paris, die auf die Straße gehen und sichtbar machen, unter welchen Bedingungen sie den Schmutz aus den Luxusgemächern säubern müssen, oder die Arbeitsbedingungen bei Amazon, die gut medial dokumentieren unter welchen fast sklavenähnlichen Bedingungen heute im Versandhandel gearbeitet wird, oder die Kollegen, die sich als Werkverträger seit einem Jahrzehnt bei VW plötzlich outen, vor Gericht gehen und ihre Festeinstellung fordern. Die etablierte IG Metall verweigert ihnen die Rechtshilfe, dennoch schaffen sie sich ihre Öffentlichkeit und stören die Sozialpartner. Oder die Piloten, die die Fahrlässigkeit neuer Flugzeiten-Regelungen bekanntmachen, oder der Platzanweiser im Burgtheater, der durch seinen überraschenden Auftritt uns einen

Blick hinter die Kulissen der Theaterwelt erlaubt. All das sind Momente eines Blicks ins Innere des kapitalistischen Motors. All das sind neue Welten, die sich real für uns alle öffnen, die sichtbar machen, was es heute bedeutet, die Lohn-Abhängigkeit nicht mehr einfach zu akzeptieren. Gerade in solchen Zeiten fangen die Zweifel an dem unbedingten Gehorsam an, sich zu verbreiten..

Aber dabei sollten wir nicht vergessen, dass hinter dem Ungehorsam, dem Verweigern bestimmter Anordnungen und Zielvorgaben oftmals noch etwas anderes sich zeigt, nämlich der Wunsch, über seine Arbeit, seine beruflichen Tätigkeiten selbst bestimmen zu können, also nicht nur gegen die Bedingungen in der Lohnarbeit, sondern auch für einen gesellschaftlich-utopischen Horizont über die Lohnarbeit hinaus.

Im Klartext:

Wir wollen selber über die Bedingungen bestimmen, die notwendig sind für eine angemessene Personalausstattung in unseren Stationen in den Krankenhäusern, wie es die Charité Beschäftigten in Berlin in ihrem Forderungsheft formulieren. Es kann einfach nicht sein, dass die Renditeziele bestimmen, wie heute eine Krankenstation mit Personal ausgestattet wird.

Von daher steckt in diesem Verweigern, in diesem Ungehorsam-Werden gegenüber der Rendite-Logik noch mehr als nur das Verweigern, es ist auch das Darüberhinaus: nämlich wir überlegen uns, wie wir uns diese Tätigkeit vorstellen in unseren Stationen, in den Altenheimen, in den Abteilungen, den Betrieben usw.: Das ist immer das darüber hinausgehende, das utopische Moment im Hier und Jetzt, im Verweigern, im Gegen ist also auch noch etwas anderes verborgen:

das Überwinden der Lohnarbeit, das Selbst-bestimmen-wollen, der Übergang vom Lohnabhängigen zum freien gesellschaftlichen Produzenten,

der Ansturm auf die Lohnarbeitsanstalt.

Was will Denkklima?

Mit unserer Initiative Denkklima wollen wir versuchen, in all unseren Aktivitäten ein Klima zu schaffen, in dem die beteiligten Individuen lernen, sich frei zu äußern, ihre Gedanken und Vorstellungen zu entfalten, selbstermächtigt zu handeln, indem nicht die große Wahrheit mit ihren allwissenden Aufklärern vorausgesetzt wird, sondern in dem sich in einem kollektiven Lernprozess eine befreiende Gesellschaftlichkeit und kollektive Selbstermächtigung entfalten kann als Teil eines individuellen Emanzipationsprozesses.

Wenn „Menschwerdung“ auch gedeutet wird als Prozess zur Schaffung der Grundlagen für ein solidarisches „humanes“ Zusammenwirken der Gattung Mensch untereinander und mit der Natur, so sehen wir „DenkKlima“ als einen Beitrag in dem Prozess der „Menschwerdung des Affen“.

Unser Schwerpunkt

DenkKlima e.V. hat sich zur Aufgabe gestellt, zivilgesellschaftliches Engagement, insbesondere im Bereich sozialer Projekte und der Arbeitswelt, zu unterstützen und zu vernetzen. Dabei liegt unser Schwerpunkt auf Projekten, die den Ansatz der Selbstorganisation bei ihren Zielen verfolgen.

Wir legen Wert auf einen fairen, respektvollen und demokratischen Umgang. Für uns gehört dazu auch die Etablierung einer konstruktiven Konfliktkultur innerhalb der Projekte und im Umgang nach Außen.

2,- Euro